

# Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbelaße der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfsklasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfstraße 28, 1.

Nr. 7.

Hamburg, den 16. Februar 1895.

7. Jahrgang.

Inhalt: Die Gewerkschaftsorganisationen vor dem deutschen Reichstage. — Die Gewerkschafts-Organisation und ihre Presse. — Die „dunklen“ Pläne der General-Kommission. — Berichte. — Baugewerbliches. — Sozial-politisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Polizeiliches und Gerichtliches. — Literarisches. — Quittung. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen. — Verkehrslokale.

## Lohnbewegung.

Der Bezug ist fernzuhalten: In **Düsseldorf** von den Plätzen Philipp Fuchs, Wunsch und Frank, in **Flensburg** vom Platz Niessen, in **Izehoe** von der Zementfabrik, in **Ludwigshafen** vom Kutrer'schen Platz, von **Nürnberg**, in **Wandsbek** vom Koch'schen Platz und in **Hinschenfelde** vom Hartmann'schen Platz.

## Zur Delegirtenwahl.

Wie dem Unterzeichneten bekannt geworden ist, wird die Wahl der Delegirten in verschiedenen Lokalverbänden nicht in einer Versammlung vorgenommen, sondern es wird ganz einfach von den betreffenden Vorstandsmitgliedern die Zahl der sämtlichen Mitglieder auf der Kandidatenliste vermerkt, ob dieselben anwesend sind oder nicht. Ein derartiges Verfahren ist absolut unzulässig und werden event. in diesem Falle sämtliche abgegebenen oder richtiger angeführten Stimmen für ungültig erklärt werden. Sollten hier oder da schon derartige Wahlen gemacht worden sein, so kann es nur im Interesse des betreffenden Kandidaten liegen, wenn sofort noch eine ordnungsgemäße Wahl vorgenommen wird.

Der Verbands-Vorstand.

## An die Auszahler der Wanderunterstützung.

Wiederum sind wir durch die Unachtsamkeit einiger Auszahler gezwungen, darauf hinweisen zu müssen, daß an Mitglieder, welche dem Verbands noch keine sechs Monate angehören, keine Unterstützung ausbezahlt werden darf. Dasselbe gilt für diejenigen, welche früher bereits unserer Organisation angehört haben, aber wegen Schulden gestrichen wurden und sich später wieder erneuern ließen. Auch diese müssen, vom Tage ihrer Erneuerung an gerechnet, sechs Monate dem Verbands angehört haben, bevor ihnen die Wanderunterstützung zusteht.

An folgende Mitglieder ist bereits im Dezember Unterstützung ausbezahlt, obwohl sie eine Berechtigung dazu noch nicht hatten. An diese Mitglieder darf vorläufig keine Unterstützung mehr ausbezahlt werden. Die betreffenden Kameraden werden ersucht, ihr Verbandsbuch und Reiselegitimation zwecks Kontrolle an den Unterzeichneten einzusenden.

Nr. 6069 J. Meyn,  
Nr. 12326 J. Rissen,  
Nr. 13540 G. Lamm,  
Nr. 15049 Fr. Kastner,  
Nr. 15972 E. Vater,

Nr. 16592 Fr. Färber,  
Nr. 17107 C. Donath,  
Nr. 18118 A. Voithe.

Des Weiteren machen wir noch darauf aufmerksam, daß den reisenden Mitgliedern die laufenden Beiträge von der Unterstützung gekürzt werden müssen. An Mitglieder, welche über 9 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, darf keine Unterstützung ausbezahlt werden.

Ferner ersuchen wir alle Lokalfassirer, bevor sie die Quittungen über ausbezahlte Wanderunterstützung an uns einsenden, dieselben der Reihe der Verbandsnummern nach genau ordnen zu wollen, so daß immer die niedrigste Nummer oben und die höchste Nummer unten liegt.

## Der Verbands-Vorstand.

NB. Wir werden ersucht, den Lokalverbänden mitzuthemen, daß das Mitglied **M. Wardzinski (Nr. 7349)** hauptsächlich darauf „reißt“, sich möglichst oft die Stiefeln aus Mitteln der Lokalfassen befohlen zu lassen. Derselbe zieht es jedoch vor, lieber das Geld dafür in Empfang zu nehmen und die Stiefeln nicht befohlen zu lassen, um es dann in dem nächsten Lokalverband wieder ebenso zu machen. Die Lokalverbände seien deswegen gewarnt. Will man ihm die Stiefel reparieren lassen, so veranlasse man dies selbst und händige nicht das Geld dafür aus. D. D.

## Die Gewerkschaftsorganisationen vor dem deutschen Reichstage.

Es ist ein bemerkenswerther Umstand, der in vergangener Woche den Reichstag zu einer Diskussion über die Gewerkschaftsorganisationen der deutschen Arbeiter veranlaßte. Die Zentrumspartei, die ihrem innersten Wesen nach erzeaktionär, ist durch eine Reihe von Umständen in die angenehme Lage versetzt, bei den Massen als „Beschützerin der Wahrheit, der Freiheit und des Rechts“ zu gelten. Sie ist bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstages in solchen Fragen obendrein noch ausschlaggebend. Als nun die Umsturzvorlage auf der Bildfläche erschien, da war die erste Frage: Wie wird sich die Zentrumspartei dazu stellen? Sie hat sich bis jetzt als schwächerer Geschäftsmann verhalten und es hat den Anschein, als wenn die Zentrumspartei für irgend ein Zugeständniß das letzte Bischen „deutsche Freiheit“ verrathen wird.

Damit ist eine sehr große Anzahl der Zentrumswähler nicht einverstanden! Die Wähler, die der Arbeiterklasse und die der Kleinbauern angehören, opponieren dagegen und, materielle Interessen halten die Partei so schon nicht zusammen, darum stehen den Zentrumsmännern allerhand unliebsame Vorkommnisse in Aussicht. Die katholischen Arbeiter werden sicherlich solchen Personen ihre Stimme nicht wiedergeben, die es gewagt haben, die Arbeiterklasse der Willkür der Polizei und der Staatsanwaltschaft preiszugeben — das bedeutet aber die Annahme der Umsturzvorlage!

Die Zentrumspartei sitzt also in der Klemme, darum brachte sie folgende Interpellation ein:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages richten an die verbündeten Regierungen die Anfrage: Welche gesetzlichen Bestimmungen sind in Ausführung

der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 „über die Formen“ in Aussicht genommen, „in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden?“ — Darf insbesondere die Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter (Arbeiterkammern) „zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden“ auch gegenüber den Staatsbehörden baldigst erwartet werden?“ —

Es ist zunächst sehr charakteristisch, daß diese Interpellation nur von den schwächsten Stellen der Erlasse handelt. Man braucht doch nur zu wissen, daß die Regierung nach dieser Richtung nichts zu unternehmen gedenkt, dann kann man ihr ganz dreiste Fragen stellen. Und über die Stellung der Regierung zu der Frage, war sich sicherlich auch vor der Antwort kein Ernst zu nehmender Politiker im Unklaren. Worüber sich aber sehr viele Zentrumswähler unklar sein werden, ist: wie sich die Zentrumsmänner zu den Berufsvereinen stellen würden, wenn eine für dieselben günstige Vorlage vorhanden wäre! Für uns ist die Sache freilich ebenfalls entschieden. Denn um dieselbe Zeit, wo im Reichstage ein Zentrumsmann Süßholz raspelte und Berufsvereine verlangte und dabei ausführte: „Wir müssen um so mehr freie Bahnen für die Berufsvereine schaffen, als in Preußen die Absicht besteht, die Vorschriften des Vereinsgesetzes zu verschärfen“, ging uns eine Zuschrift aus Mülhausen im Elsaß zu, daß dort ein 60 Jahre alter Zimmermann, der auf einer Fabrik arbeitet, vom Fabrikherrn, der eine Zentrumsstütze bildet, gezwungen wurde, aus seinem Berufsverein aus- und dem katholischen „Arbeiterverein“ beizutreten!

Bei der Interpellation handelte es sich also nur um Worte, mit denen man die traurigen Thaten der Zentrumsmänner verschleiern wollte. Immerhin, der Vorgang hatte wenigstens das eine Gute, daß der Reichskanzler offen sagen mußte, daß die Arbeiter noch sehr lange auf eine breitere Grundlage für ihre Berufsvereine warten müssen! Durch diese Erklärung fühlten sich natürlich die Vertreter der Ausbeuter sehr beruhigt. Und mehr wie das — sie äußerten sofort noch recht interessante Ansichten und Wünsche. Der Redner der Nationalliberalen sagte: „Ich glaube, wir haben an dem genug, was wir haben“, nämlich an den bestehenden sozialen Schöpfungen! „Den Arbeitsnachweis wollen die Sozialdemokraten nur organisieren, um ihre Herrschaft zu befestigen.“ — „Die Gleichberechtigung der Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages muß anerkannt werden; aber etwas anderes ist es, ob mit dem einzelnen Arbeiter ein Vertrag abgeschlossen wird, oder ob man es dabei mit der gesammten Organisation zu thun hat. Das letztere würde zu einer Vergewaltigung der Arbeitgeber führen.“ — „Die Organisation ist nur eine Organisation für Arbeiterausstände . . . . Wir können es nicht verantworten, solche Organisationen zu schaffen. Wir müssen unsere sozialpolitische Gesetzgebung einschränken.“ Dem gegenüber hob unser Genosse Fischer sehr treffend hervor: „Wenn Sie den Arbeitern die volle Koalitionsfreiheit geben, so



nisse Bericht erstattet. Allerdings müssen dabei alle Kleinigkeiten außer Acht gelassen werden. Daß das aber vorläufig an der Personenfrage scheitert, weiß ein Jeder. Selbst da, wo solche Personen vorhanden sind, wird das nicht anders durchführbar sein, als wenn man dieselben für ihre Berichte bezahlt. Könnte man z. B. in Hamburg von Jemandem verlangen, in acht verschiedene Vereinsversammlungen zu gehen, über den Verlauf derselben Bericht zu erstatten ohne Bezahlung? Ich glaube nicht. Man sieht also, daß sich Änderungen nicht so ohne Weiteres einführen lassen. Wir werden deshalb vorläufig wohl oder übel auch in einem gemeinschaftlichen Organ die Situationsberichte in ihrer jetzigen Form aufnehmen müssen, um dadurch vielen Streitigkeiten aus dem Wege zu gehen. Nachdem ich mir über den Inhalt eines gemeinsamen Organs klar bin, kann ich auch seine Größe bestimmen. Der prinzipielle und allgemein interessierende Teil würde wenigstens fünf Seiten der jetzigen „Grundstein“-größe in Anspruch nehmen. Nach dem Quartalsdurchschnitt berechnet, werden in den Organen der Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter und Schiffszimmerer für Aufnahme der unter 10 bis 13 genannten Punkte 20 Spalten verwendet. Daraus ergibt man, daß ein gemeinschaftliches Organ, an welchem sich vielleicht noch außer den vorhin genannten Gewerkschaften die Maler beteiligen, selbst bei den größten Einschränkungen wenigstens noch halbmal so groß wird wie der „Grundstein“. Nachdem man die Größe kennt, kann man auch den Preis für Expedition und Druck berechnen.

Zu allen Berechnungen haben der „Grundstein“, „Zimmerer“, „Bauarbeiter“ und „Schiffszimmerer“ zur Grundlage gebietet. Zunächst komme ich zu den Unkosten für die Expedition. Die vier Zeitungen liefern nach 240 Orten zusammen 25 600 Exemplare, darunter sind Kreuzbandsendungen unter 10 Exemplaren nicht eingerechnet.

Zur besseren Uebersicht dürfte folgende Zusammenstellung von Interesse sein. Es wurden verschickt:  
Nach 6 Orten von allen 4 Organen zusammen 6369 Exempl.  
" 20 " " " 3 " " 6472 "  
" 86 " " " 2 " " 8431 "  
" 64 " versandten nur die Maurer ihren „Grundstein“ in . . . 2004 "  
" 61 " versandten nur die Zimmerer ihren „Zimmerer“ in . . . 1982 "  
" 2 " wurde nur der „Schiffszimmerer“ versandt in . . . 338 "  
1 Orte wurde der „Bauarbeiter“ versch. in 30 "  
Demnach werden nach 128 Orten von nur einer und nach 112 Orten von mehr wie einer Gewerkschaft Zeitungen verschickt.

Das Versandporto mit Bestellgeld nach den 240 Orten beträgt bei der jetzigen Einzelerhebung durchschnittlich die Woche M. 127,78. Würde der Versand ein gemeinschaftlicher sein, dann würden die Unkosten für Porto mit Bestellgeld M. 102,12 betragen oder ein Weniger von M. 25,66, auf 52 Wochen berechnet ein Weniger von M. 1334,32. Diese Ersparnis kann aber nur dann gemacht werden, wenn alle genannten Zeitungen nur an eine einzelne Person des Ortes geschickt werden.

Das Versandporto mit Bestellgeld würde bei einem Organ, welches halbmal so groß ist wie der „Grundstein“, bei der obengenannten Auflage und nach denselben Orten pro Nummer M. 154,44 betragen oder auf ein Jahr berechnet M. 1886,32 mehr wie jetzt.

Die Druckkosten betragen 1893 für den  
„Grundstein“ M. 15620, Durchschnittsauf. 13266  
„Zimmerer“ „ 10571, „ 9806  
„Bauarbeiter“ „ 2828, „ 2300  
„Schiffszimmerer“ „ 2700, „ 1600

Summa M. 31719, Durchschnittsauf. 26972  
Demnach müßten für die vier Zeitungen durchschnittlich die Woche rund M. 610 für Druck bezahlt werden. Würde man eine Zeitung in der Größe des „Grundstein“ drucken lassen, dann kostete dieselbe bei einer Auflage von 27 000 Exemplaren M. 464 pro Nummer oder M. 7591 im ganzen Jahre weniger wie jetzt.

Würde aber eine Zeitung, welche noch halbmal so groß ist wie der „Grundstein“, gedruckt werden, dann kostet jede Nummer bei einer Auflage von 27 000 M. 664 zu drucken, oder im Ganzen nicht M. 7591 weniger wie jetzt, sondern M. 2809 mehr. Man sieht also, daß an Porto und Druck bei einem gemeinschaftlichen Organ, wenn dasselbe in der Größe auch nur einigermaßen allen Ansprüchen genügen soll, nichts gespart werden kann. Die Ausgaben werden steigen. . . . Nach meinen Berechnungen kostet jede Nummer schon allein für Druck und Porto M. 818. Dazu kommen dann noch die nicht kleinen Ausgaben für Expedition und Redaktion. Wenn auch letztere im Voraus nicht genau berechnet werden können, so steht aber fest, daß, wenn ein gemeinschaftliches Organ allen Ansprüchen genügen soll, dann werden dieselben höher wie jetzt. Ich glaube hoch zu rechnen, wenn ich heute bei allen vier genannten Organen die persönlichen Ausgaben für Expedition und Redaktion, sowie die Ausgaben für geistige Mitarbeiter auf M. 8000 annehme, die Summe wird meines Erachtens für dieselben Zwecke bei einem gemeinschaftlichen Organ, wenn dasselbe ein gutes werden soll, nicht ausreichen.

Sollte man aber beabsichtigen, das Blatt, um Geld zu sparen, mit der Schere zusammenschneiden zu lassen, dann bin ich für die Gründung nicht zu haben.

Auf Eins will ich noch hinweisen. Es wurde gesagt, daß besonders den kleinen Gewerkschaften große Vorteile durch ein einheitliches Organ winkten. Dieses ist insoweit richtig, als es sich um die Besserung des Blattes handelt,

der Mehrkosten wegen dürfte kleinen Gewerkschaften der Anschluß aber unmöglich sein.

Es würde uns natürlich zu weit führen, wenn wir die angeregten Gesichtspunkte noch eingehend erörtern wollten; wir unterlassen das also. Worauf es vielmehr ankommt, ist, auf die in Betracht kommenden Faktoren aufmerksam zu machen, die bisher noch nicht berücksichtigt worden sind.

Geiß sowohl, dessen Projekt von 1877 wir im vorigen Artikel mittheilten, wie der Referent des Maurerverbandes, rechnen mit der Möglichkeit, das gemeinsame Organ könne auch gemeinsam expedirt werden; das heißt, man rechnet mit der Möglichkeit, daß gewissermaßen zwei Organisationen nebeneinander bestehen. Die eine kassirt die Beiträge der Mitglieder ein und die andere vertheilt das Fachblatt. Dieser Zustand hat aber manche Unannehmlichkeiten im Gefolge. Die hervorragendste Unannehmlichkeit ist gleich die, daß eine bedeutend größere Auflage des Blattes gebraucht wird, als die Organisationen Mitglieder haben. Wir kennen Organisationen, wo die Expedition mit dem Vorstande nicht sehr eng verknüpft ist, bei denen beträgt die Mehraufgabe des Fachblattes 60—70 Prozent. Und dies würde in noch viel höherem Maße der Fall sein, wenn man die Vertheilung des Fachblattes von der Einsammlung der Beiträge vollständig trennen wollte.

Wir haben übrigens in den beiden Artikeln: „Zu den inneren Einrichtungen der Gewerkschafts-Organisationen“ (Nr. 2 und 3 des „Zimmerer“) dargelegt, daß es in Organisationen, die größere Unterstützungskassen nicht haben, also eigentlich fortlaufend materielle Vortheile ihren Mitgliedern nur in der Lieferung des Fachblattes gewähren, höchst nothwendig ist, daß die Vertheilung des Fachblattes mit der Einziehung der Beiträge recht eng verknüpft wird.

Treten wir aber mit diesem Standpunkt an die Verschmelzung der Fachblätter heran, dann kann eigentlich nur eine Verschmelzung der Redaktions- und der Druckerarbeiten stattfinden. Die Expedition läge dann in den Händen der verschiedenen Verbandsvorstände. Dadurch könnte sich die Verschmelzung nur auf solche Organisationen erstrecken, deren Zentralleitungen an einem und demselben Ort ihren Sitz haben. Die Konsequenzen eines solchen Systems beschreiben wir natürlich garnicht erst.

Obwohl es noch eine ganze Reihe Gesichtspunkte giebt, die bei dieser Sache erörtert werden könnten, gehen wir doch nicht weiter darauf ein, denn wir sind gewiß manchem unserer Leser schon jetzt zu weit schweifend gewesen und außerdem sind wir überzeugt, daß die entscheidenden Punkte genug zum Schluß und resumiren uns dahin: 1) Die an das Projekt, die Verschmelzung der verschiedenen Fachblätter, geknüpften Hoffnungen haben keine Aussicht auf Erfolg. 2) Durch Verschmelzung der verschiedenen Fachblätter wird die Interessenvertretung durch die Presse den verschiedenen Organisationen sowohl als der Gewerkschaftsbewegung überhaupt beschränkt. 3) Zentralorganisationen, die als materielle Vortheile fortlaufend ihren Mitgliedern fast garnichts weiter bieten, als die Lieferung des Fachblattes, haben ein großes Interesse daran, daß einmal der Inhalt des Blattes den Organisationen möglichst eng angepaßt und die Vertheilung des Blattes zugleich als Mittel benutzt wird, die Beiträge von den Mitgliedern möglichst leicht einzubekommen.

Aus diesen Gründen können wir uns für die Verschmelzung der verschiedenen Fachblätter nicht erwärmen!

### Die „dunklen“ Pläne der Generalkommission.

Unter dieser Stichmarke veröffentlicht die Generalkommission einen Artikel, der durch eine Polemik veranlaßt wurde, die in letzter Zeit in verschiedenen Blättern für resp. gegen die Generalkommission geführt worden ist. Wir haben uns an der Polemik nicht beteiligt, bringen im Nachstehenden den Artikel aber trotzdem, weil derselbe gewissermaßen das Programm der Generalkommission enthält:

„Um einer weiteren Legendenbildung über die Absichten der Generalkommission vorzubeugen, fühlen wir uns veranlaßt, unsere Stellungnahme über die Aufgaben von

Gewerkschafts-Kongressen in Nachstehendem in gedrängter Kürze darzulegen.

Die Gewerkschafts-Kongresse haben nach unserer Ansicht die Aufgabe, alle Bestrebungen zu fördern, welche die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter sich in ihren Berufsorganisationen zum Ziel gesetzt haben. Der größte Theil dieser Bestrebungen kann nur durch das gemeinsame Zusammenwirken aller Arbeiter erreicht werden. Der gemeinsame Wirkungsbereich, der auf den Gewerkschafts-Kongressen festgelegt werden muß, hätte unseres Erachtens nach folgende Punkte zu umfassen:

### I. Gegenseitige und thatkräftige Unterstützung bei Lohnkämpfen.

Hierzu gehört die Erziehung der Mitglieder zur Zahlung höherer Beiträge. Die meisten Streiks gehen verloren infolge des Mangels an Mitteln; ein großer Theil von Differenzen würde durch einen beiden Theilen Rechnung tragenden Ausgleich erledigt werden, wenn die Fabrikanten wissen, daß die Arbeiter für längere Zeit gerüstet sind.

Zur erfolgreichen Durchführung größerer Kämpfe, welche von einem Gewerke allein nicht gehalten werden können, halten wir für nothwendig die Schaffung eines von sämtlichen Mitgliedern der Organisationen gespendeten Kampffonds und Festsetzung von bestimmten Normen, nach welchen die Unterstützungen aus demselben geleistet werden. Trotz der Schwierigkeiten, welche der Ausführung dieses Planes entgegenstehen, halten wir denselben für ausführbar. Großes, Gewaltiges kann geleistet werden, wenn allseitig die Erkenntniß für die Nothwendigkeit der praktischen Ausübung der Solidarität vorhanden ist.

### II. Gemeinsame Förderung der Gewerkschaftsbewegung — Organisation und Agitation.

Da die Konzentration der Arbeitsmittel in immer weniger Händen naturgemäß die Macht der sie Besitzenden in unermeßlicher Weise steigert, ist es Pflicht der Selbsterhaltung der Arbeiterklasse, dieser Macht das nöthige Gegengewicht zu schaffen. Der Konzentration der Arbeitsmittel muß die Konzentration der Arbeitskraft entgegengesetzt werden. Die Festsetzung der Arbeitslöhne, der Arbeitszeit zc. muß von den Organisationen der Arbeiter ausgeht werden. Der einzelne Arbeiter ist machtlos, nur in der und durch die Vereinigung können die Interessen der Arbeiter gewahrt werden.

Die beste Form der Organisation ist für die meisten Gewerke, der heutigen Entwicklung der Industrie entsprechend, die zentralistische.

Als Mittel zum Zweck betrachten wir:

1. Den Ausbau des Unterstützungswesens.  
Die Arbeiter müssen dauernd an die Organisation gefesselt werden. Dem Austritt älterer Mitglieder wird dadurch vorgebeugt, daß man denselben auch während der Zeit, in welcher eine Lohnbewegung nicht stattfindet, materielle Leistungen durch die Organisation bietet, die Heranziehung indifferenten Arbeiter wird dadurch erleichtert.

2. Die Regelung des Herbergswesens.

Die Herbergen müssen den wandernden Arbeitern heimisch gemacht werden, dieselben müssen überzeugt sein, daß die Organisation auf ihre Wohlfahrt stets und ständig bedacht ist.

Die Herbergen müssen den Reisenden die Möglichkeit bieten, sich weiter zu bilden. Die Arbeiterblätter müssen in den Herbergen ausliegen, Bücher belehrenden und unterhaltenden Inhalts müssen zur Verfügung stehen.

Dies letztere ist besonders Aufgabe der örtlichen Gewerkschaftskartelle, deren Einrichtung deshalb überall anzulegen ist. Zur Förderung und Kräftigung der Gewerkschaftsbewegung müssen die Gewerkschaftskartelle namentlich in kleineren Städten, in denen keine Verwaltungsstellen der Zentralverbände bestehen, auch dafür sorgen, daß eine gemeinsame Zahlstelle für die organisirten Arbeiter aller Berufe errichtet wird, von der die Beiträge an die verschiedenen Zentralorganisationen abgeführt werden.

### III. Veranstaltung statistischer Erhebungen über Stärke und Leistungen der Organisationen, sowie über die wirtschaftliche Lage der gewerblichen Arbeiter.

Die Statistik ist bisher von den Arbeitern sehr wenig gepflegt worden, der weitere Ausbau derselben eröffnet den Gewerkschaften ein weites Feld fruchtbringender Thätigkeit.

### IV. Erringung voller Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

### V. Weiterer Ausbau der Arbeiterschutzesgesetzgebung.

Koalitionsfreiheit und Arbeiterschutz stehen im engsten Zusammenhang mit der materiellen Lage des Arbeiters. Ohne Koalitionsfreiheit keine Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, ohne dieselbe keine ihrem wirklichen Zweck entsprechende zentralistische Organisation, ohne dieselbe kein nachhaltiger Einfluß auf die Arbeiterschutzesgesetzgebung, ohne Koalitionsfreiheit keine ausreichende Organisation der weiblichen Arbeiter.

Mit der materiellen Lage der Arbeiter ist ebenso eng verknüpft ein wirksamer Arbeiterschutz. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für alle Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts, sanitäre Einrichtung der Arbeitsräume sind im Grunde genommen Lohnfragen. Die Verkürzung der Arbeitszeit steigert den Lohn des Arbeiters, schafft demselben Zeit zur körperlichen und

geistigen Erholung, verlängert in Gemeinschaft mit der sanitären Einrichtung der Arbeitsräume seine Lebensdauer, die Arbeitskraft des Arbeiters wird dadurch für ihn nutzbringender.

**Arbeiterschutzgesetze** — Gesetze, welche ausdrücklich zum Wohl der Arbeiter geschaffen sind, können nur wirksam von diesen selbst kontrolliert werden, deshalb weiterer Ausbau des Fabrikinspektors und Wahl der Fabrikinspektoren aus den Reihen der Arbeiter. Bis zur Erreichung dieses Zieles halten wir für dringend erforderlich die Errichtung von Zentralstellen für die Beschwerden der Arbeiter über mangelhafte Ausführung der Arbeiterschutzgesetze. Die Erörterung dieses Punktes auf einer ganzen Anzahl abgehaltener Branchenkongresse der einzelnen Gewerke zeigt, daß ein großes Bedürfnis dafür vorhanden ist.

Koalitionsfreiheit und Arbeiterschutz müssen sich die Arbeiter selbst erkämpfen. Das geschieht dadurch, daß dieselben zunächst von dem geringen Maß der ihnen gewährten Koalitionsfreiheit den ausgiebigsten Gebrauch machen, daß dieselben unausgesetzt volle Koalitionsfreiheit und wirksamen Arbeiterschutz fordern.

Kongresse politischer Parteien können wohl im Allgemeinen Stellung zu diesen Forderungen nehmen, ihre praktische Propagierung muß Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Auf den Gewerkschaftskongressen muß das Material zusammengetragen und gesichtet werden; für die Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament ist damit eine wirksame Vorarbeit geleistet.

Nach der jetzt allgemein geltenden Gesetzesauslegung ist die Behandlung solcher Fragen, sofern dadurch eine Einwirkung auf die Gesetzgebung bezweckt werden soll, Politik. Die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung lehrt, daß überall da, wo die Arbeiter als geschlossene Masse Stellung zu diesen Fragen genommen haben, sie sich dadurch auch das Recht erwirkten, Stellung dazu nehmen zu dürfen. Ob für die deutschen Arbeiter der jetzige Zeitpunkt der geeignete ist, als einheitliches Ganzes in dieser Richtung zu handeln, ob diese Gegenstände auf einem Kongress gewerkschaftlich organisierter Arbeiter verhandelt werden sollen, darüber kann man getheilter Meinung sein und deshalb die von der Generalkommission veranlassete Umfrage bei den Gewerkschaftsvorständen. Fest steht für uns, daß dieser Zeitpunkt früher oder später kommen muß, und daß, wenn sämtliche heute bestehenden Organisationen als geschlossenes Ganzes handeln, die gegen ein solches Vorgehen in's Feld geführte Gefahr einer Auflösung einzelner Gewerkschaften dann eine geringe ist.

Ohne Gesetze für die bestehenden Organisationen könnte aber schon heute Eines geschehen: ein Gewerkschaftskongress, zu welchem die Delegierten in öffentlichen Versammlungen zu wählen wären, könnte einberufen werden, um die angeführten Angelegenheiten zu behandeln.

Angesichts der Bestrebungen, die Vereinsgesetze noch weiter zu verschlechtern, den Arbeitern durch den wirtschaftlichen Druck, durch Maßregelungen die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen, das geringe Maß von Arbeiterschutz in Deutschland wieder zu beschneiden, halten wir es im Interesse der deutschen Arbeiter für dringend notwendig, daß sich dieselben energisch zur Wehre setzen, und haben wir es deshalb lebhaft bedauert, daß auch der Vorschlag der Abhaltung eines öffentlichen Gewerkschaftskongresses auf so viel Widerstand stieß, daß die Ausführung desselben vorläufig unterbleiben mußte.

Wer anerkennt, daß die Gewerkschaftsbewegung unter den heutigen Verhältnissen notwendig ist, den Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wer deshalb die Entwicklung derselben fördern will, kann nicht wollen, daß dieselbe die wichtigsten Aufgaben, die im Interesse der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung in Deutschland zunächst zu erfüllen sind, und darunter verstehen wir die Erringung voller Koalitionsfreiheit und eines wirksamen Arbeiterschutzes, vollständig unberücksichtigt lasse. Die Gewerkschaften sind die berufenen Organisationen, für die Verwirklichung aller Forderungen, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung von den klassenbewußten Arbeitern gestellt werden, energisch einzutreten; dieselben haben durch ihre bisherige beschriebene Tätigkeit auf diesem Gebiet schon Bedeutendes zur Aufklärung der indifferenten Arbeitermassen beigetragen, ein Zusammenfassen der Kräfte in der angegebenen Richtung wird immer mehr zur dringenden Notwendigkeit, soll nicht die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter durch ihre eigene Unthätigkeit und Unselbstständigkeit in ihrer Entwicklung gehemmt werden.

Nur einseitige Parteidoctrinäre können in einem solchen Vorgehen eine Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung erblicken.

Ein Gewerkschaftskongress mit der angegebenen Tagesordnung würde der Bedrängnis für die Arbeiter in allen Gauen Deutschlands sein, zur Wahrung ihrer wichtigsten Interessen selbst die Initiative zu ergreifen, die stattfindenden Versammlungen würden neues Leben in die Gewerkschaftsbewegung hineinbringen und wesentlich zur Agitation für dieselbe beitragen.

Weshalb wir unsere Ansichten über diesen Punkt nicht gleich zur öffentlichen Diskussion stellen? Nun einfach deshalb nicht, weil die Generalkommission bei verständlich um deren Meinung zu befragen hat. Da durch diese Umfrage eine völlige Uebereinstimmung nicht erzielt wurde, so hatten wir selbstverständlich erst recht keine Veranlassung, unsere Vorschläge in der Presse zur Diskussion zu stellen. Einiges Handeln sahen uns die

notwendige Vorbedingung der Ausführung unseres Vorschlages zu sein.

Nun sind sie ja enthüllt, die „dunklen“ Pläne der Generalkommission und deren Motive dazu. Wir halten es nun für eine Anstandspflicht derjenigen Organe, welche die geheimnißvollen Anbeutungen des Herrn Sperfa darüber veröffentlichten, zur Orientierung ihrer Leser auch diesen Artikel zum Abdruck zu bringen."

## Berichte.

**Berlin.** Am Mittwoch, den 6. Februar, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der Anträge zur Generalversammlung gestellt wurden. Ein Antrag vom Kameraden Riedert, die Abrechnung der Hauptkasse im Zimmerer so zu gestalten, daß von den aufgeführten Städten ersichtbar ist, welcher Beitragsklasse sie angehören, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag vom Kameraden Klose das Gehalt der Hauptvorstandsmitglieder auf M. 1600 zu reduzieren, wurde, trotzdem die meisten Redner dagegen sprachen, angenommen. Antrag Leonhardt: Die Quartalsabrechnungen der Hauptkasse so zu gestalten resp. im „Zimmerer“ zu veröffentlichen, daß jedesmal die Bilanz gezogen wird, wurde ebenfalls angenommen. Antrag Riedert: Die Wanderunterstützung eines Mitgliedes darf in einem Winter M. 15 nicht übersteigen zu lassen, wurde abgelehnt. Antrag Thiemann: Den reisenden Mitgliedern nicht 9 Wochen, sondern 12 Wochen die Beiträge zu stunden und von der Reiseunterstützung höchstens nur einen Wochenbeitrag auf einmal abzuziehen, die Karenzzeit von sechs auf vier Monate zu reduzieren; jedoch soll das letztere nur für jüngere Kameraden, welche erst im Juli Geselle werden, gelten, wurde angenommen. Antrag Leonhardt: Dem Zimmerer wieder den technischen Teil beizufügen, wurde abgelehnt. Da weiter keine Anträge vorlagen, wurde zu der Wahl eines Delegierten geschritten. Max Leonhardt wurde gewählt. Im „Verschiedenen“ wurde der Antrag, unsere regelmäßige Mitgliederversammlung vom 1. April ab auf einen Sonntag zu verlegen, angenommen. Die bestimmte Wahl des Sonntags wurde dem Vorstände überlassen. Ein Antrag, zu den Generalversammlungen unseres Lokalverbandes nur Mitglieder und die es werden wollen, zuzulassen, wurde abgelehnt. Sodann wurde der Hauszwinkel, wie derselbe hier modern ist, scharf kritisiert, und die traurige Lage der hiesigen Zimmerer geschildert. Von Stehr wurden mehrere Fälle angeführt, wo Kameraden die Arbeit verlassen hätten, weil sie den Lohn nicht bekamen, auf der Stelle haben Andere gleich wieder angefangen. Die Noth ist hier zu groß und die Verhältnisse nach jeder Richtung traurig! — Zum Sonntag, den 10. Februar, waren gleich zwei Zimmererversammlungen auf einmal einberufen. Eine Bezirksversammlung von unserer Seite und eine öffentliche Zimmererversammlung von Seiten des „Vertrauensmannes“. Die erstere wurde zu Gunsten der letzteren Versammlung nicht abgehalten. Hier heißt es immer auf der Hut sein, wir kennen unsere Pappenheimer.

**Bremen.** Eine öffentliche Zimmererversammlung tagte am Dienstag, den 29. Januar. Auf der Tagesordnung stand: „Hat der Arbeiter ein Recht auf Arbeit?“ und „Diskussion“. Zu dem ersten Punkt der Tagesordnung referirte Kamerad Ecke aus Osthlf. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in za. 1 1/2 stündiger vortrefflicher Rede. In derselben schilderte er die herrschenden Zustände, besonders die im Baugewerbe unterzogen einer scharfen Kritik. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte der Redner zu festem Zusammenstehen auf. Reicher Beifall folgte der Rede. In der Diskussion sprachen sich noch mehrere Redner im Sinne des Referenten aus. Sodann unterzog der Vorsitzende das Gebahren der hiesigen Unternehmer einer scharfen Kritik. Die Leute unternehmen es, für wenig Geld Arbeiter heranzuziehen. Den vortrefflichsten Beweis hierfür gebe der Bau des Justizgebäudes und der Eisenbahnbrücke. Es fand sodann folgende Resolution Annahme: „Die heutige am 29. Januar 1895 stattfindende öffentliche Zimmererversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Kraft für den Ausbau der Organisation zu sorgen.“

Am 3. Februar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Unser Unterstufungswesen. 2. Abrechnung vom vierten Quartal. 3. Unser Stiftungsfest. 4. Provinzial-Generalversammlung. 5. Anträge zur Generalversammlung. 6. Erledigung etwa gestellter Fragen. Zunächst wurden zwei Kameraden, welche sich in schlechter Lage befinden, unterstützt. Dann verlas der Kassirer die Abrechnung vom vierten Quartal, welche für richtig befunden wurde. Zu Punkt 3 wurde dann beschlossen, unser Stiftungsfest am 30. März in der „Vereinshalle“ zu veranstalten, dazu wurde ein Comité, aus 14 Mann und dem Vorstand bestehend, gewählt. Zur Provinzial-Generalversammlung bemerkte der Vorsitzende, daß dieselbe noch vor der Haupt-Generalversammlung stattfinden müsse, um etwa gestellte Anfragen oder Anträge der Haupt-Generalversammlung vorlegen zu können; ferner hätten sich mehrere Lokalverbände dahin geäußert, die Versammlung durch Delegirte zu bescheiden. Diefelbe soll nun am 17. März stattfinden. Als Delegirte wurden gewählt: H. Windhorst, H. Armgarth und als Stellvertreter Kamann. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die nächste öffentliche Zimmererversammlung aufmerksam, welche am 13. März stattfindet.

**Breslau.** Am 6. Februar tagte unsere Verbandsversammlung. Nach Verlesen des Protokolls, beschwerte sich Dorniol, daß sein Name falsch gedruckt ist, derselbe

heißt Dorniol, dies sollte berichtigt werden. Beschlossen wurde, ein Winterbergnügen in diesem Jahre nicht abzuhalten, sondern da der Gelangverein in kurzer Zeit sein Stiftungsfest feierte, dasselbe zu unterstützen. Als Delegirte zur Generalversammlung wurden die Kameraden Wittke und Ganfel gewählt. Unter „Verschiedenem“ stellt Schow den Antrag: Die Kosten für Todesanzeigen im „Zimmerer“ sind aus der Lokalkasse zu decken, und nicht wie bisher aus dem Sterbefonds. Wilhelmly theilte mit, daß vom Sterbefonds zwei Inzerate bezahlt worden und zwar je eines in der „Volkswacht“ und eines im „Zimmerer“, dies wäre zur Zeit im Statut des Sterbefonds vorgesehen. Um aber den Streik aus der Welt zu schaffen, ist ein Antrag an die Generalversammlung gestellt worden, Todesanzeigen im „Zimmerer“ unentgeltlich aufzunehmen. (Warum denn nicht auch in der „Volkswacht“? D. R. d. „Z.“) Der Antrag von Schow wurde mit Majorität angenommen. Kamerad Ganfel ersucht die Mitglieder, deren Quittungsbücher voll sind, dieselben umzutauschen.

**Calbe.** Sonnabend, den 2. Februar, tagte unsere regelmäßige Verbandsversammlung, in der die Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung vorgenommen werden sollte. Die Wahl wurde indessen nicht vollzogen, weil unser Kandidat nicht mit auf der Liste stand. Es soll deshalb erst beim Hauptvorstand angefragt werden, wie das gekommen ist. Nachdem Klarheit geschaffen ist, soll eine Extraversammlung stattfinden. Dann wurde der Antrag an die Generalversammlung gestellt, die arbeitslosen Mitglieder auf Kosten der Hauptkasse vom Beitrag zu befreien.

**Danzig.** Dienstag, den 5. Februar, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kolportage des „Zimmerer“. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt führte der Vorsitzende, Kamerad Logki, aus, daß in letzter Zeit der „Zimmerer“ nicht abgeholt sei, dies habe dem Vorstand Veranlassung gegeben diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Sollin befürwortete die Einführung der Kolportage, es würde für die Mitglieder pro Monat 10 M. Unkosten erwachsen, jedoch könnten durch die Kolportage zugleich die Beiträge eingezogen werden, hierdurch würden die Beiträge auch regelmäßiger eingehen. Rablitz wendet sich gegen den Antrag, mit der Motivierung, daß dann die Mitglieder nicht zu den Versammlungen erscheinen würden; desgleichen sprechen auch Buchholz und Biegel gegen den Antrag. Der Antrag wurde schließlich mit geringer Majorität abgelehnt. Beim 2. Punkt wurde ein Antrag eingebracht, daß die Inzerate im „Zimmerer“ billiger werden sollen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen. Ein zweiter Antrag, das Wiedereintrittsgeld von M. 1,50 auf M. 1 herabzusetzen, wurde gegen 2 Stimmen abgelehnt. Im „Verschiedenen“ wurden Kamerad Nierzelewski, der lange krank gewesen ist, M. 10 bewilligt, die durch Sammlung wieder aufgebracht werden sollen, etwaiger Uebereschuß fällt dem obigen Kameraden noch zu. Nach Erledigung einiger kleineren Sachen wurde die Versammlung geschlossen.

**Dortmund.** Am 3. Februar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen und für richtig befunden war, verlas Kamerad Simon eine Berichtigung betreffs der Abrechnung, welche vom Hauptvorstand eingegangen war. Da in voriger Versammlung die Anschaffung eines Schrankes angeregt worden war, so hatte es der Vorsitzende für gut gehalten, Kamerad Zimmermann den Schrank anfertigen zu lassen, weil derselbe arbeitslos ist. Die Versammlung war damit einverstanden. Kamerad Hesse stellte den Antrag, die Unkosten aus der Lokalkasse zu bezahlen; derselbe wurde einstimmig angenommen. Der Brief eines Privatlehrers, in dem sich dieser empfahl, bei uns einen Lehrcursus einzurichten, wurde verlesen. Da der Winter bereits zu Ende geht, hat die Sache keinen Zweck mehr. Die Versammlung lehnte also ab. Als Delegirter zur Generalversammlung wurde Kamerad Simon per Stimmzettel gewählt. Ferner wurde noch beschlossen, beim Hauptvorstand Beschwerde zu führen wegen der Wahlbeeinflussung in Bochum und Kiel. Im „Verschiedenen“ wurde beschlossen, den Fachunterricht Mittwochs und Sonntags im Vereinslokal stattfinden zu lassen. Nachdem erfolgte Schluß der Versammlung.

**Düsseldorf.** Am Sonntag, den 3. Januar, hielt der Lokalverband Düsseldorf seine Versammlung im neuen Vereinslokal bei J. Driessen, Grafenbergerstraße 27, ab. Nachdem die Quartalsabrechnung verlesen und dem Kassirer Decharge ertheilt war, erstattete der Vorsitzende den halbjährlichen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes, mit dem sich die Versammlung einverstanden erklärte. Hierauf erklärten sich die Mitglieder mit der Verlegung des Vereinslokals einverstanden und nahmen folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung des Lokalverbandes Düsseldorf erklärt sich mit dem Vorgehen des Volksvereins in Sachen des Boykotts vollständig einverstanden und verpflichtet, für die korrekte Durchführung desselben energisch einzutreten. Des Ferneren verurtheilt die Versammlung auf das Schärfste das Vorgehen der Antiboikotter, besonders des Herrn Gott-hafen, der uns im letzten Halbjahr zwei Vorträge gehalten hat, worin er besonders das Solidaritätsgefühl hervor-gelassen hatte und jetzt gerade entgegengesetzt gehandelt hat.“ Es wurden die Mitglieder noch aufgefordert, auf die „Niederheinische Volkstribüne“ zu abonniren und recht rege für deren Verbreitung zu sorgen. Hierauf wurden M. 15 für den Bräufonds und M. 50 für einen guten Zweck bewilligt. Darnach Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Gera.** Am 5. Februar tagte unsere Versammlung, die erfreulicher Weise verhältnismäßig gut besucht war. Nachdem die Beiträge erhoben, wurde die Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung vorgenommen. Kamerad Krause verlas einen Brief vom Kameraden Hill aus Eisenach, in welchem mitgeteilt wird, daß die Vokalverbände Gotha, Erfurt und Salzungen ihre Stimmen auf den Kameraden Hill aus Eisenach vereinigt haben. Kamerad Krietsch führte aus, daß er mehrmals mit dem Kameraden Hill auf dem Thüringer Handwerkerkongress zusammen gewesen, derselbe sei ein tüchtiger Vertreter, er (Krietsch) verzichte deshalb auf seine Kandidatur und empfehle die Wahl des Kameraden Hill. Die Mitglieder waren damit einverstanden; Kamerad Hill aus Eisenach wurde mit 16 Stimmen gewählt. Kamerad Peterhänfel will noch einen Antrag an die Generalversammlung gestellt wissen, aus § 6 den Satz zu streichen: „Bei Klagen, wo es sich um Alford handelt, giebt es keine Unterstützung.“ Es kam zu einer längeren Debatte, worauf der Antrag des Kameraden Peterhänfel abgelehnt wurde. Zum 2. Punkt verlas der Kassirer die Abrechnung vom 4. Quartal 1894. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt, wurde der Kassirer entlastet. Kamerad Krause ersuchte die Kameraden, in allen Versammlungen zahlreich zu erscheinen und strikte für unseren Verband zu agitieren. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Hamburg.** Die am 5. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich zunächst mit folgender von Böttcher eingebrachten Resolution: „Die Generalversammlung möge den Hauptvorstand veranlassen, sich mit den übrigen Organisationen des Baugewerbes in's Einverständnis zu setzen; sodann über Mittel und Wege beraten, eventuell einen Kongress einzuberufen, um eine Verschmelzung sämtlicher Organisationen genannten Gewerbes herbeizuführen.“ Böttcher begründet seine Resolution hauptsächlich damit, daß sich das Kapital täglich mehr konzentriert, die Unternehmerverbände schließen sich immer enger aneinander, so daß auch wir gezwungen wären größere Industrieverbände anzustreben, in diesen würde ganz bedeutend an Verwaltungskosten gespart und die Beiträge bräuchten nicht so hohe zu sein. Bringmann: Wenn Böttcher glaube durch den Zusammenschluß mehrerer Organisationen eine größere Macht zu erzielen, so befinde er sich im Irrthum, Redner weist auf die bestehenden Industrieverbände und andere Organisationen hin; zu dem Schluß gelangend, daß unsere Organisation, vielleicht mit Ausnahme derjenigen, welche Arbeitslosen-Unterstützung zahlen, als eine der besten in Deutschland zu bezeichnen sei und wir deshalb keine Ursache hätten dieselbe zu verschmelzen. Man solle endlich die Organisationsformfrage ruhen lassen und dafür an den weiteren Ausbau der eigenen Organisation denken. Bösch sympathisiert wohl mit der Resolution, spricht sonst aber direkt dagegen. Er will die Sache nur angestrebt und diskutiert wissen. Rathmann verpflichtet sich auch nicht viel von einem Industrieverband, stellt sich im Uebrigen auf denselben Standpunkt wie sein Vorgesand. Schrader spricht gegen den Industrieverband, verschiedene Beispiele aus dem eigenen und anderen Berufen anführend. Verwaltungskosten würden recht wenig gespart werden. Die Beiträge würden aber nicht weniger, sondern durchschnittlich noch größere werden, als es heute bei uns der Fall sei. Die Industrieverbände müßten aus den Verhältnissen von selbst herauswachsen. Durch Kongressbeschlüsse alleine kommen wir nie zu einem leistungsfähigen Industrieverband. Nachdem noch verschiedene Redner für und gegen die Resolution gesprochen, findet dieselbe Annahme. Zweiter Punkt: Unsere Agitation in Schleswig-Holstein. Bösch beabsichtigt, in den uns überwiesenen Orten Flugblätter zu verbreiten und Adressen zu sammeln. Wöberberg meint, unsere Aufgabe sei nicht leicht, die Leute in der Provinz müßten selbst mehr ihre Schuldigkeit thun. Bringmann und Schrader weisen auf die Inkonsequenz hin, indem man soeben beschloffen habe, einen Industrieverband anzustreben und jetzt wolle man in Hufum die Zimmerer, welche dort mit den Maurern zusammen organisiert sind, von diesen losreißen. Bösch: Der Versuch, die Zimmerer in Hufum für sich zu organisieren, müßte trotzdem gemacht werden, wenn Reiner hinwollte, so werde er es übernehmen. Den Industrieverband beabsichtige er nicht augenblicklich, sondern erst für eine spätere Zukunft. Rathmann glaubt, daß die Agitation im Winter besser betrieben werden könne als im Sommer, indem die Leute im Sommer theilweise über Land arbeiten oder auch mit ihrer eigenen Landarbeit beschäftigt seien. Das Weitere bleibt dem Vorstand überlassen. Die Abrechnung für die Vorkasse ergab Folgendes: Einnahme im vierten Quartal M. 755,10, Ausgabe während derselben Zeit M. 592,59, so daß ein Restbestand M. 162,51 für das erste Quartal 1895 verbleibt. Bösch ersuchte dann, die hiesigen Delegirten zu beauftragen, der Generalversammlung den Antrag zu unterbreiten, daß dem Lokalverband Hamburg die M. 400, welche ihm von der Hauptkasse als Darlehn gegeben sind, zu erlassen. Dieser Antrag findet ohne Diskussion Annahme. Nachdem sich noch Rathle gegen eine Aussage von Bringmann in der letzten Versammlung verwahrt und Bringmann sich diesem gegenüber rechtfertigt, erklärte Bösch, daß die Sperre über den Platz von Wendhach auf Wilhelmshagen bis jetzt nicht aufgehoben sei und folgt hierauf Schluß der Versammlung.

**Lehe-Oestemünde.** Am 30. Januar tagte im „Colosseum“ zu Bremerhaven eine öffentliche Versammlung der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen, welche recht gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die kapitalistische Produktionsweise und die Arbeiterorganisation. 2. Diskussion und Verschiedenes. Nach der Bureauwahl ertheilte der Vorsitzende dem Referenten, Kamerad H. Ede aus Gdrlitz, zum Vortrage das Wort. Derselbe verbreitete sich in seinem Vortrage zunächst über die schnelle Steigerung der kapitalistischen Produktion unserer Zeit, welche das Massenelend im Gefolge habe und beleuchtete dann das Zimmergewerbe früher und jetzt. In der heutigen Gesellschaft werde mehr produziert wie konsumiert, so daß Geschäftsstodungen und Krisen entstehen, wodurch die Noth und die Existenzunsicherheit des Proletariats gesteigert wird. Die Arbeiter haben gelitten, daß sie es sind, die unter dieser Produktionsweise leiden, darum organisieren sie sich gewerkschaftlich und politisch. Um die Reorganisation der heutigen Gesellschaft vornehmen zu können, sei es nöthig, daß alle Arbeiter, besonders diejenigen, die unserer Organisation noch fern stehen, sich derselben anschließen. Da sich zur Diskussion Niemand meldete, erhielt der Referent, Genosse Ede, das Schlußwort. Nach einem Hinweis auf die Vortheile der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeit schloß Redner mit einem Appell an die Versammelten, möge da kommen, was da wolle, in dem Kampfe für Freiheit und Recht anzuharren. Im „Verschiedenen“ machte der Vorsitzende bekannt, daß der Zimmermeister Rogge in Lehe am Sonnabend den Minimallohn nicht gezahlt habe. Die Versammlung beschloß, die Angelegenheit zu untersuchen; weitere Beschlüsse in dieser Sache sollen einer noch im Laufe dieser Woche einzuberufenden Versammlung vorbehalten bleiben. Hierauf Schluß der Versammlung.

**München.** Am 3. Februar fand hier unsere regelmäßige Monatsversammlung statt. Das Protokoll der letzten Monatsversammlung wurde nicht beanstandet. An Stelle des zweiten Schriftführers wurde Kamerad Ansmus gewählt. Hierauf erstattete der Vertrauensmann Bericht über seine Thätigkeit und warf dann die Frage auf, in welcher Weise die Agitation in Bayern betrieben werden solle; er stehe mit mehreren Kameraden in verschiedenen Ortschaften in brieflichem Verkehr, und es frage sich nun, ob die Versammlung gewillt sei, einen tüchtigen Referenten zu einer Agitationsreise dorthin zu schicken. Es wurde jedoch hervorgehoben, daß das Resultat solcher Reisen im Mißverhältniß zu den Kosten stehe. Es sei oft unmöglich, an Wochentagen Versammlungen abzuhalten und man sei in vielen Ortschaften nur auf Sonntag oder Feiertage angewiesen. Die Versammlung faßte den Beschluß, in den nächstliegenden Orten so bald als möglich Versammlungen zu veranstalten und wenn möglich Vokalverbände zu gründen. Nach den entfernteren Orten soll je nach den Verhältnissen ein tüchtiger Referent gesandt werden. Der Vorsitzende gab dann die Kandidatenliste bekannt. Wegen des ziemlich schwachen Besuches wurde die Delegirtenwahl zur nächsten Monatsversammlung verschoben. Nachdem Kamerad Hummel kurz über den Stand der Zentralherberge berichtet hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Münster i. W.** Am 2. Februar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in derselben wurde die Wahl zur Generalversammlung vollzogen; Kamerad Wepermann wurde einstimmig zum Delegirten gewählt. Dann wurden Anträge zur Generalversammlung diskutiert und beschloffen. (Dieselben wird der Hauptvorstand in nächster Nummer des „Zimmerer“ veröffentlichen).

**Breuk.** Am 3. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung für richtig befunden, wurden sämtliche Stimmen für unseren Kandidaten abgegeben. Hierauf wurde C. Wulff zum Kartell gewählt, da der bisherige Delegirte abgelehnt hatte. Die Abrechnungen der beiden Kassirer wurden für richtig anerkannt und selbige entlastet. Alsdann wurden die Beiträge entrichtet. Nachdem wurden die Statuten der Unterstützungs-kasse beraten und mit einigen Veränderungen angenommen. Es wurde als rathsam erachtet, selbige noch nicht in Druck erscheinen zu lassen, da sich vielleicht im Laufe der Zeit noch einiges hinzuzufügen läßt. Der Kassirer wurde angewiesen, bei jeder Abrechnung die Statuten vorzulesen. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

**Tangermünde.** Am 2. Februar hielt der hiesige Vokalverband seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der zunächst das Protokoll der letzten Versammlung verlesen wurde. Dann wurden vom Kassirer die Beiträge erhoben, worauf derselbe die Abrechnung vom vierten Quartal 1894 verlas, die für richtig befunden und dem Kassirer deshalb Decharge ertheilt wurde. Zum vierten Punkt der Tagesordnung, „Bekanntgabe der Kandidaten und Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung“, fielen 14 Stimmen auf Osterburg und 1 Stimme auf Rathenow. Dann wurde beschloffen, zur Generalversammlung zu beantragen, daß eine Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt werde und zwar für die Monate Dezember, Januar und Februar. Im „Verschiedenen“ wurde vom Kamerad Reich der Antrag gestellt, eine Gewerkschaftsversammlung einzuberufen, die sich über die Gründung eines Gewerbegerichts klar werden soll, dazu haben im vorigen Jahre verschiedene Fälle Veranlassung gegeben. Die Versammlung einzuberufen, übernahm Kamerad Reich selbst.

**Thorn.** Am 23. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Kamerad Mikuczinski erstattete Bericht vom Provinzial-Verbandsrat in Elbing. Er besprach zunächst die Lage der Zimmerer Danzigs und theilte mit, daß es unmöglich war, den Handwerkerkongress abzuhalten, deshalb wäre, der günstigen Lage wegen, Elbing bestimmt worden. Mikuczinski zählte dann die Städte auf, die auf dem Verbandsrat vertreten waren, gab die gefaßten Beschlüsse bekannt und theilte mit, daß von jetzt ab ein Agitationscomité für Ost- und Westpreußen zu bilden sei. Der Sitz desselben solle in Danzig, Königsberg und Thorn sein. Mikuczinski wurde für Thorn beauftragt und von den hiesigen Mitgliedern ihm noch drei

Kameraden zur Seite gestellt, so daß für Thorn J. Mikuczinski, J. Müller, A. Lange und Hauf für die Agitation einzutreten haben. Die Beiträge sollen freiwillig sein. Zum vierten Punkt: Bei der Kandidatenwahl wurden Mikuczinski und Müller vorgeschlagen. Es erhielt Mikuczinski 27, Müller 10 Stimmen. Bei der Wahl der Kolporteurs bestellten die bisherigen den Posten bis auf Weiteres. Zum „Verschiedenen“ ergriff A. Lange das Wort und geißelte die Verhältnisse verschiedener Arbeitsplätze, wobei fast ungläubliche Sachen zu Tage kamen. Dann verlas der Kassirer die Abrechnung vom vierten Quartal 1894. Diefelbe wurde von der Versammlung für richtig befunden und dem Kassirer Decharge ertheilt. Darauf ermahnte der Kassirer die Mitglieder zur besseren Zahlung der Beiträge, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

**Tremessen.** Am 3. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Vier Kameraden ließen sich in den Verband aufnehmen. Dann wurde Kamerad Mikuczinski in Thorn als Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt, dann hielt Kamerad Fieske über die Nothwendigkeit der Organisation einen Vortrag. In demselben ermahnte Kamerad Fieske die übrigen Kameraden, daß sie sich brüderlich zusammenhalten müßten.

**Uelzen.** Am Sonntag, den 3. Februar, tagte unsere Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung; Anträge zu derselben und Verschiedenes. Als Delegirter wurde Kamerad Schröder mit 39 Stimmen gewählt. Zu den Anträgen entspann sich eine sachliche Debatte; ein Antrag: „Reisenden Mitgliedern nicht mehr als 50 M. in jedem Lokalverband zu bewilligen“, wurde einstimmig angenommen; desgleichen auch der Antrag: „Arbeitslosen Mitgliedern in den Wintermonaten dieselbe Unterstützung zu gewähren wie den reisenden Kameraden“. Sodann wurden die persönlichen Angelegenheiten der Kameraden Kasper und Röber zur Sprache gebracht und zur Zufriedenheit aller Anwesenden geregelt. Ferner wurde der Zimmerer W. Hartwig auf Grund des Statuts § 9 Absatz 2 aus dem Verband ausgeschlossen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Warin.** Am 27. Januar sollte unsere Mitgliederversammlung stattfinden. Nachdem ich, der Vorsitzende, mit dem Schriftführer 1 1/2 Stunde in dem Versammlungslokal einsam dagelassen, ohne daß sich noch Jemand anders hätte sehen lassen, erfuhr ich durch einen fremden Menschen, daß der Kassirer die Mitglieder abgesagt habe, daß also keine Versammlung stattfinden. Daß dies ein ganz trauriges Vorkommniß ist, brauche ich nicht erst noch näher darzulegen. Ich möchte die Mitglieder des Vokalverbandes Warin aber an dieser Stelle ermahnen, sich in Zukunft an solche Post nicht wieder zu kehren und trotzdem die Versammlungen regelmäßig und pünktlich zu besuchen. Wir kommen nicht nur zusammen, um die Beiträge zu entrichten, sondern wir müssen uns auch über unsere Lage unterhalten. Dazu sind die Versammlungen da.

**Krankenkasse.**

**Hamburg.** Eine Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale tagte am 26. Januar 1895. Nach der Verlesung des Protokolls wurden die Abrechnungen vom 4. Quartal und die Jahresabschlüsse von den Kassirern vorgelegt. Erstere ergab M. 1234,41 Gewinn, letztere einen solchen von M. 4337,32. Hierauf wurden auf Antrag Schrader die vier Bezirke in zwei Verwaltungsstellen verwandelt und zwar so, daß Hammerbrook, St. Georg, Alt- und Neustadt die erste und Barmbek und Eilbek die zweite Verwaltungsstelle bilden. Die dazu erforderlichen Vorstandsmittelglieder werden in der am Schluß des nächsten Quartals stattfindenden Versammlung gewählt. Es wird dann für jede Verwaltungsstelle eine Versammlung abgehalten. Als Revisoren wurden Mund für den dritten und Friedrich für den vierten Bezirk gewählt. Als Delegirten für den Sanitätsverein wurden Böhl und Rantlin gewählt.

**Baugewerbliches.**

**Aus Berlin** wird uns geschrieben: Das Ausbeutungssystem nimmt hier immer schäbigeren Formen an. Da ist gleich ein „Baumeister“ Fauer; derselbe beschäftigt in der Regel 16 Zimmerer. Diese hat er mit der Verbindung angenommen, daß sie Lohn nur nach Fertigstellung der einzelnen Balkenlagen bekommen. Man sieht, der „Meister“ braucht da keinen Betriebsfonds, womit die Ausbeuter sonst gewöhnlich ihren „Entbehungslohn“ zu rechtfertigen versuchen. Die Zimmerer können natürlich nicht so lange hungern, sie würden, richtiger gesagt, verhungern, wenn nicht noch Jemand dazwischen tritt. Dieser Menschenfreund hat sich denn auch gefunden — der Polier des Baumeisters „fretet vor“, das heißt, er hat seinerseits wieder mit einigen Geschäftsleuten einen Ausbeutungsvertrag abgeschlossen. Er giebt den Zimmerleuten Blechmarken, die nur bei diesen Geschäftsleuten Gültigkeit haben. Waaren giebt es für diese Blechmarken bitter wenig und die Güte derselben läßt viel zu wünschen über. Aber so kleine Lappalien muß man in der Weltstadt schon mit in den Kauf nehmen, noch dazu es die meisten Zimmerer nicht der Mühe werth halten, sich der Organisation anzuschließen und andere in Organisationsformlohl machen. Der Polier steht sich nebst seinem „Meister“ sehr gut bei den Zuständen.

Die Sache kommt aber noch besser! Ost bleibt der Lohn auch dann aus, wenn eine Balkenlage fertig ist, der „Baumeister“ scheint mit dem Gelde dann anderweitig zu spekulieren — die Familien der Zimmerer gehen dem Manne natürlich nichts an. Die Geschäftsleute geben dann in der Regel noch etwas weniger für die Blech-

marken und der Poller wird um so liebenswürdiger empfangen, wenn er dieselben etwas später, wenn die zweite Balkenlage fertig ist, einläßt. Es geht nichts über die segensreichen Einrichtungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

In letzter Woche wurde ein Bau gerichtet und da war die Hoffnung auf Geld um so größer, noch dazu, da es eine längere Zeit hindurch nichts weiter wie Blechmarken gegeben hatte. Es wurde mit einer Hast gearbeitet, die geradezu unbeschreiblich ist. Die Krute des Russen, die Peitsche des Sklavenhalters hat gewiß noch Niemanden so angespornt, als hier die humane „freie Vereinbarung“ und die Blechmarkenuppe. Als der Bau fertig gerichtet war — es war Donnerstag Abend — da gab es Geld, aber nicht etwa Alles. Es wurde den Zimmerleuten ganz einfach gesagt, daß sie vier Tagelöhne ziehen lassen müßten, anderenfalls sei für sie keine Arbeit mehr da. Zunächst verlangen sie Alle Geld und somit waren sie entlassen.

Anderen Tages wurde dieser Schritt nicht etwa dem Baumeister, sondern einigen Zimmerleuten leid. Sie hatten zum Theil, nach Abzug der Blechmarkenvorschüsse nur sehr wenige Nickel bekommen und mußten wohl oder übel wieder anbeugen; denn die scheußlichen Zustände bei dem „Baumeister“ übten sicherlich keine Anziehungskraft aus. Der „Baumeister“ als „humaner“ Mann stellte die Kameraden wieder ein, seine Schneidigkeit veranlaßte ihn aber, eine Strafe zu verhängen: „acht Tage feiern“, hieß der Entscheid!

Ein anderes Bild. Ein Spandauer „Meister“ führt in Charlottenburg Kafenerarbeiten aus, er zahlt „seinen Leuten“ 40  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn. So weiß er am sichersten einen großen Reiback zu machen. Damit „seine Leute“ pünktlich an der Arbeit sind, bezahlt er die Fahrt; Abends dagegen müssen dieselben den Weg nach Muttern zu Fuß machen, denn von 40  $\frac{1}{2}$  haben sie soviel nicht über, um fahren zu können. Die Arbeitszeit, einschließlich des Weges zur und von der Arbeit, beträgt so ungefähr 13 Stunden und dafür werden dann in den kurzen Tagen M. 2,80 bis M. 3,20 gezahlt. Der „Meister“ ist schon angegangen worden, er möchte mindestens noch so viel zulegen, daß die Kameraden auch Abends fahren können, da hat er aber als „echter“ Berliner geantwortet: „Ich werde Ihnen doch den hübschen Spaziergang nicht verderben sollen, Abends gehen Sie nur so lange Sie wollen, mir kommt es nur darauf an, daß Sie Morgens zur rechten Zeit da sind.“

Durch die übertriebene Melame, die in allen Provinzblättern für die in Aussicht genommene Ausstellung gemacht wird, lassen sich viele Zimmerer betören und kommen nach Berlin. Sie verschlimmern so die elenden Zustände. Das Ausbeuterthum wird immer prozesshafter, weil die Reserverarmee erschrecklich groß und noch in der Vergrößerung begriffen ist. Wir möchten deshalb dringend davor warnen, nach Berlin zu kommen. Den Berliner Kameraden sollten aber die oben angeführten Beispiele lehren, daß sie sich aufzuraffen haben, um der fortwährenden Verschlechterung ihrer Lage einen Damm entgegenzusetzen.

Ueber die Bauhätigkeit in Dresden berichtet die „Baugewerks-Zeitung“: Im vergangenen Jahre ist hier weniger gebaut worden, namentlich sind nur wenige gute Privatbauten vorgekommen. Infolge der großen Bahnhofsumbauten überwiegen die öffentlichen Bauten; von den Privatbauten waren 75 Prozent Spekulationsbauten. Die öffentlichen Bauten werden zumest von Meistern ausgeführt, leider beschäftigen die Behörden auch ebenso ungeprüfte Gewerker, wenn sie nur recht niedrige Preise stellen. Infolgedessen wird von jungen, unerfahrenen Gewerkerker betart unterboten, daß von einem mäßigen Verdienst keine Rede mehr sein kann und in der Regel Verlust das Endresultat ist. Von Ausständen ist hier nichts zu berichten. Die Lohnwoche schließt mit Freitag, die Zahlung erfolgt Sonnabend, Nachmittags 4 Uhr, nach Schluß der Arbeit. Es erhalten Maurer- und Zimmergehilfen 35—38  $\frac{1}{2}$  pro Stunde, Steinhauergehilfen 50—60  $\frac{1}{2}$ , Handarbeiter 25—28  $\frac{1}{2}$ . Die Beförderung der Materialien nach den Stockwerkshöhen erfolgt bei den kleineren, namentlich bei den Spekulationsbauten, durch Kalk- und Ziegelträger, welche nach wie vor, trotz der Ermahnungen seitens der Berufsgenossenschaftsorgane, infolge der Ueberanstrengung nach wenig Jahren und im besten Alter zu Grunde gehen.

Der letzte Satz bildet eine schwere Anklage der sächsischen Behörden, die bekanntlich alle Arbeiterorganisationen systematisch unterdrücken. Die Salbaderei von den „Ermahnungen“ ist Mumpitz!

Die Bauhätigkeit in Posen war nach demselben Blatte im vergangenen Jahre eine sehr rege; sie überragte die der vergangenen Jahre um ein Bedeutendes. Zur Ausführung gelangten vorzüglich Privatwohnhäuser, die etwa zur Hälfte von den Spekulanten, zur Hälfte für Hausbesitzer an Stelle alter Häuser errichtet wurden. Die Ausführung lag zum größten Theile in den Händen solider Meister, auch bei dem Wietshäuserkomplex, der von einer kaufmännischen Gesellschaft erbaut wurde. Submissionen haben wenig stattgefunden, auch bei diesen wurde wie gewöhnlich stark unterboten. Streiks kamen nicht vor. Der Lohn wird für die bis Freitag Abend reichende Lohnwoche meistens am Sonnabend gezahlt. Arbeitszeit 11 Stunden. Ein guter Maurergehilfe erhält 38—35  $\frac{1}{2}$ , ein guter Zimmergehilfe 33  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Auch für das neue Jahr sind bereits eine Menge Bauserlaubnisgesuche für Neu- resp. Umbauten bei der Baupolizei eingegangen.

Bei dem 38  $\frac{1}{2}$  Lohne scheinen sich die „soliden

Herren“ garnicht sehr schlecht zu stehen. Wären die Organisationen der Bauhandwerker nicht auseinandergefallen, jetzt wäre es Zeit, die elenden Zustände etwas zu bessern. Oder fühlten sich unsere Kameraden auch so „am besten aufgehoben?“

Wer liefert die billigsten Arbeiterknochen?

Auf die ausgeschriebenen Erd- und Maurerarbeiten für den Rathhausneubau in Elberfeld waren sieben Angebote dortiger Bauunternehmer eingegangen. Von diesen war der Mindestfordernde Heint. Schwung sen. mit M. 558 794,50; alsdann folgen Ernst Heint. Koch mit M. 573 125, F. Ulrich mit M. 610 671, Ferd. Fufenbecher mit M. 637 238,50, Ant. Freese mit M. 657 166,80, Weber & Becht mit M. 663 332 und Christ. Schentemeier mit M. 687 311. Hiernach beträgt der Unterschied zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Angebot M. 128 516,50. Der Mindestfordernde ist Innungsmeister, er scheint das Geschäft am besten zu verstehen.

Ein anderes Bild: Auf die Ausschreibung der Anstreicherarbeiten im Posthausneubau zu Köln gingen folgende Gebote ein:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like Alois Fuchsius, Köln M. 11514,21; Gebr. Klesters, Köln 6657,10; Franz Pet. Odenthal, Köln-Ehrenfeld 5387,81; Peter Großgart, Köln 7491,45; P. J. Massau, Köln 6483,87; Ludwig Rauß, Köln 9309,61; G. J. Schmitz, Köln 10588,13; G. A. Dirksen, Hannover 6829,-; Johann Schumacher, Duisburg 6233,-; A. Knops, Köln-Vindenthal 9441,09; G. Herdrath, Köln 7631,57; Heint. Wimmelsberg, Köln 10551,99; Friedr. Roth, Frankfurt a. M. 6159,12; Ludwig Grüber, Frankfurt a. M. 6936,82; Franz Hanne, Münster i. W. 5456,42; Peter Laurentius, Crefeld 4558,90; Fr. Wilh. Vertram, Köln 14042,65; Emil Niederhäuser, Köln 9220,90; Daniel Steinbüchel & Seife, Köln 5863,03. Total: 8 452 600 kg.

Nehmen wir für den Monat Dezember schätzungsweise 550 000 kg an, was gewiß nicht zu hoch gegriffen ist, so erhalten wir eine Einfuhrziffer von rund 9 000 000 kg. Die aus den Niederlanden und Belgien importirten Mengen sind ohne Zweifel durchweg schwedischen Ursprungs, da in den beiden genannten Ländern eine derartige Industrie überhaupt nicht besteht.

Die 9 000 000 kg repräsentiren etwa 250 000 fertige Thüren. Zu einer solchen Thür gehören durchschnittlich zwei Arbeitstage für einen Tischlergesellen. Es wären das also rund 2000 deutsche Arbeiter, welche jahraus, jahrein Beschäftigung fänden, wenn diese Thüren in Deutschland gefertigt würden. Die Lohnsumme, welche diese Arbeiter erhielten, würde rund M. 2 000 000 betragen. Es kommt nun hinzu, daß derartige Tischlerarbeiten hauptsächlich im Winter angefertigt werden, so daß im Hinblick auf die vielfach herrschende Arbeitslosigkeit diese Art der Arbeitsvermehrung eine besondere Wichtigkeit haben würde, da die während des Winters im Baugewerbe nicht beschäftigten Tischler in diesem Herstellungszeite auch während der sonst für sie arbeitslosen Zeit Beschäftigung fänden. Zu der genannten Menge Thüren gehört rund 60 000 cbm geschnittenes unbearbeitetes Holz, das vorzugsweise aus deutschen Wäldern genommen werden würde, wenn die Einfuhr fertiger Thüren dies nicht unmöglich machte. Diese Einfuhr ist aber nur möglich geworden infolge des billigen Zolles von M. 3 für 100 kg, welcher wohl genügt hat, schwedische Hobelbretter von der Einfuhr auszuschließen und eine blühende deutsche Hobelindustrie im Nordwesten Deutschlands in's Leben zu rufen, nicht aber die massenhafte Einfuhr fertiger schwedischer Thüren zu verhindern.

Eine fertige Thür in Deutschland herzustellen, kostet gegenwärtig einschließlich Material M. 16—17, und zwar nackte Selbstkosten ohne jegliche Geschäftsstellen und Gewinn, während die fertigen schwedischen Thüren von den Händlern zu demselben Preise vertrieben werden. Es müßte darum unter Verächtigung der Thatsache, daß bei einer Zollherhöhung sich das Ausland mit einem etwas geringeren Gewinn begnügen und den Preis noch etwas herabsetzen würde, der Zoll von M. 3 mindestens auf M. 10 erhöht werden, wenn der massenhaften Einfuhr schwedischer Thüren Einhalt geboten werden soll. Letzteres erscheint uns aus volkswirtschaftlichen Gründen sowohl, als namentlich mit Rücksicht auf das Kleingewerbe der deutschen Tischlerei, welches ohnehin zur Zeit sehr darniederliegt, durchaus geboten. Denn abgesehen von der direkten materiellen Schädigung des Tischlergewerbes tritt noch in ganz besonderem Maße die soziale Schädigung hinzu. Die Einfuhr fremder, fertiger Thüren ist nämlich so stark, daß vielfach die Gelegenheit verloren geht, die jungen Leute in der Hand-

fertigkeits des Tischlergewerbes auszubilden. Wird doch vielfach bei Vergebung von Neubauten die Lieferung von Thüren ausgeschloffen, weil diese ein „Handelsartikel für Großhändler“ geworden sind. Die Mehrzahl aller dieser Thüren kommt aus Schweden.

Dieses Vieh haben wir schon so oft gehört, so daß wir uns an der Melodie so wenig wie am Text ergötzen können. Mit derartiger Sozialreformeret kommt Deutschland auf den Hund. Vom Hohl hat Niemand weiter Vortheil, als die Holzindustriellen, sie sind dann im Stande, die Preise hochzuschrauben. Wollen aber die Arbeiter einen Theil abhaben, dann würgt man sie mit Umsturzgesetzen ab.

Wer es mit den Arbeitern und mit der deutschen Industrie ehrlich meint, der verlangt Freiheit auf allen Gebieten!

Risiko der Bauarbeiter. Die Hamburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft veröffentlicht folgende Zusammenstellung der zur Anzeige gelangten Unfälle:

Table with 4 main columns: Section, Unfall-Anzeigen, Todesfälle, Entschädigte Unfälle. Sub-columns for Bis ultimo, 1. Monat, 2. Monat, Zusammen. Rows for Hamburg, Lübeck, Kiel, Flensburg, Schwerin, and a Summa row.

Man sieht, trotz der schlechten Zeiten nehmen die Unfälle doch nicht ab.

Dacheinsturz. Unterm 2. Februar wird aus Hörde i. W. gemeldet, daß auf dem Gußstahlwerke der Hermannshütte ein Dach eingestürzt sei. Dabei sind mehrere Personen zu Schaden gekommen. Der Betriebsführer war sofort todt, ein Siedemeister und zwei Arbeiter wurden schwer verletzt.

Die Dividenden gierig treibt zu leichtfertigen Bauten, die Arbeiter müssen dafür büßen!

\*) Hierin sind 10 Fälle, welche vor Ablauf der 13. Woche entschädigt wurden.

Sozialpolitisches.

In Württemberg hat in voriger Woche die Landtagswahl stattgefunden; die sozialdemokratische Partei hat dabei wieder ein recht erfreuliches Resultat erzielt. Bei der letzten Landtagswahl erhielt sie gegen 10 000, bei dieser aber 32 100 Stimmen. In fünf Kreisen kommen unsere Genossen in Stichwahl. Am meisten sind die Nationalliberalen an die Wand gedrückt worden, von 42 innegehabten Sitzen hat sie im ersten Wahlgang nur 9 erreicht, in 17 kommt sie in Stichwahl. Das ist der gerechte Lohn für die „Liberalität“ dieser Partei!

Die Innungsbrüder haben wieder einmal das Bedürfnis, ihrem Herzen Luft zu machen; sie veranstalteten in der Zeit vom 21. bis 23. April in Halle a. S. einen „Handwerkerstag“. Die Tagesordnung lautet: 1. Stellungnahme zu den neuesten Regierungsplänen, betreffend die Organisation des Handwerks; 2. der Befähigungsnachweis; 3. die obligatorische Innung; 4. Stellungnahme zur Gewerbeordnungsnovelle, betreffend den Hausfirzandel; 5. der Bauzwindel; 6. die weiteren Reformforderungen der deutschen Handwerkerbewegung, wie Gefängniß und Militärwerkstätten-Arbeit, Offiziers- und Beamtenkonsumvereine etc.

Ob auch „Korsofahrten“, „Festessen“ usw. stattfinden werden, haben wir noch nicht in Erfahrung bringen können.

Der Arbeiterschutz wird rückwärts revidirt! Nach § 136 der Gewerbe-Ordnung dürfen die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter (junge Leute bis 16 Jahre) nicht vor 5 1/2 Uhr Morgens beginnen und nicht über 8 1/2 Uhr Abends dauern. Außerdem muß diesen jungen Leuten, wenn die Arbeitszeit nur bis 6 Stunden beträgt, 1/2 Stunde Pause, bei längerer Arbeitszeit eine Stunde Mittagspause und zweimal je 1/2 Stunde Frühstücks- und Besperpause gewährt werden. Leider kann allerdings der Bundesrath nach § 139 a für allerlei Fabriken von diesen Bestimmungen Ausnahmen gestatten, und dies geschieht im reichsten Maße.

Auch bei Steinlohlenbergwerken darf die Arbeitszeit in die Stunden von 5 Uhr Morgens und 11 Uhr Abends fallen (an Tagen vor Sonn- und Feiertagen sogar 4 Uhr Morgens und 1 Uhr Nachts.) Ferner werden allerlei Ausnahmen von den Pausen und Verkürzungen derselben zugelassen.

Auf Walz- und Hammerwerken sollen für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter Unterbrechungen der Arbeit von weniger als einer Viertelstunde auf die Pausen in der Regel nicht in Anrechnung kommen. „St. jedoch in einem Betriebe die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter so wenig anstrengend und naturgemäß mit so zahlreichen, hinlänglichen Ruhe gewährenden Arbeitsunterbrechungen verbunden, daß schon hierdurch eine Gefährdung ihrer Gesundheit ausgeschlossen erscheint,“ so

können auch kürzere als viertelstündige Pausen auf die vorgeschriebenen Pausen angerechnet werden u. c.

Das Ganze kommt darauf hinaus, den reichen Steinkohlenbergwerksbesitzern, Besitzern von Eisenhütten u. c. besondere Privilegien zum Ausbeuten ihrer Arbeiter zu verschaffen, die über die gewöhnlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, also über den sogenannten Arbeiterschutz, weit hinausgehen. Wie sagte doch Herr v. Voetticher im Reichstage zu den Großindustriellen? „Wir arbeiten ja nur für Sie!“ Und das stimmt.

Die elende Lebenshaltung der großen Masse der Breslauer Bevölkerung geht klar aus dem letzt herausgegebenen 4. Bande des Statistischen Jahrbuches deutscher Städte hervor. Breslau hat unter allen Großstädten den geringsten Fleischverbrauch — 44 kg jährlich auf den Kopf der Bevölkerung, also noch nicht  $\frac{1}{4}$  Pfund täglich! Dafür hat Breslau allerdings neben Görlik den stärksten Pferdefleisch-Verbrauch: in Breslau kommen auf 1000 Personen jährlich 12, in Görlik gar 16 geschlachtete Pferde. Dazu stimmt es ferner, daß die Breslauer ortsüblichen Tagelöhne beinahe die niedrigsten aller deutschen Großstädte sind.

Ein Dorn im Auge ist den Kapitalisten überall das Koalitionsrecht der Arbeiter, sei es auch noch so beschränkt, wie z. B. in Deutschland. In Holland wurden 1872 die letzten Beschränkungen des Koalitionsrechts aus den Gesetzen gestrichen und besonders auch das Recht auf Arbeitseinstellung anerkannt. Es hatte sich dagegen nicht einmal eine nennenswerte Opposition erhoben, denn große, an einem Ort konzentrierte Massen von industriellen Arbeitern kannte man nicht, auch bestanden noch keine großen Etablissements zur Fabrikation von Brot und anderen Erwaaren. Da konnte man sich wohl den Luxus erlauben, „liberal“ zu sein und den Arbeitern ein Recht geben, das diese doch nicht gebrauchen konnten.

Inzwischen haben die Verhältnisse sich jedoch geändert. In verschiedenen Gegenden des Landes konzentrierte sich ein Industrieproletariat, Fabriksstädte entstanden, wie Twente, Eilburg, Maastriicht, Deventer, Leyden und in den Großstädten Amsterd., Rotterdam, Haag u. w. wird das Kleingewerbe mehr und mehr vom Großkapital aufgesogen. Viele und große Streiks brachen aus, w. z. B. der der Bäcker, wo 3000, der der Diamantschleifer, wo 16 000 Mann in Ausstand waren, und weil, wie immer und überall, die Behörden sich zum Schutz der Kapitalisten einmischten, kamen dabei auch sogenannte Ruhestörungen vor. Darüber große Aufregung bei dem satten Bürgertum und seine Vertreter in der Ersten Kammer, würdige alte Herren beschloßen, „etwas zu thun“. Der Bürgermeister von Amsterdam, Herr Vening Meinerz, führte in der Ersten Kammer aus, daß die Führer der Arbeiter gefährliche Leute seien, die, weil sie die große Masse der Arbeiter und die auf Unruhen lauernden Elemente hinter sich haben, mit einer Redheit und Anmaßung auftreten, welche für die Autorität beschämend seien. Infolge der Aufhebung jener Paragraphen, welche die Koalitionsfreiheit beschränkten, fehle der Behörde jede Waffe gegen jene Leute. Man sei mit der Aufhebung zu weit gegangen. Doch wolle er nicht ein Verbot der Streiks, aber eine Bestrafung jener Streiks, „welche als Zwangsmittel angewendet werden.“ Er wünsche demnach, daß einzelne der abgeschafften Paragraphen wieder hergestellt würden. Weiter fragte der Herr Bürgermeister, ob sich nicht eine Aenderung des Versammlungsgesetzes, empfehle. Öffentliche Versammlungen würden jetzt einfach in geschlossene Verwandelt und die „Polizei vor die Thüre gesetzt“. So etwas verstärkte das Ansehen der Polizei nicht. — Der Justizminister gab darauf eine Antwort, wie alle ministeriellen Antworten sind, nämlich einen sehr vorsichtigen, sehr ausweichenden und sehr nichts sagenden Bescheid. Aber die Person des Anstaltenden, des Bürgermeisters der Hauptstadt, giebt der Interpellation eine außerordentliche Wichtigkeit.

## Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

An die Zimmerer der Provinz Hannover, Oldenburg und des Bremischen Gebiets richtet sich folgender Aufruf:

Am Sonntag, den 17. März, findet ein Provinzial-Verbandstag der Zimmerer obengenannter Provinzen in Bremen statt. Folgende Tagesordnung ist vorläufig festgesetzt; es bleibt jedoch dem Verbandstage überlassen, etwaige Aenderungen hierin selbst zu treffen.

1. Prüfung der Mandate
2. Wahl des Bureaus und Aufstellung der Geschäftsordnung.
3. Bericht der Delegirten über die örtlichen Verhältnisse in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen und Stand der Organisation.
4. Wie sind die uns fernstehenden Zimmerer für die Organisation zu gewinnen?
5. Verschiedene Anträge.

Die Versammlung findet statt im Lokale des Herrn Fischer, Tiefen 30, und werden am Sonntag Vormittag Bremer Kameraden zum Empfang der Delegirten am Bahnhof anwesend sein. Dieselben sind durch rothe Abzeichen kenntlich.

Pflicht eines jeden Lokalverbandes genannter Provinzen ist es, auf diesem Verbandstage vertreten zu sein. Alle Anfragen sind zu richten an H. Armgart Schulze-Delischstraße 84, in Bremen.

Der Lokalverband der Zimmerer in Bremen.

**Warnung.** In gegnerischen Blättern werden Zimmerer nach Brüssel gesucht, besonders „energische Zimmerpolizei“ und noch dazu auf drei Monate. Es handelt sich da sicherlich wieder um Streikbrecher oder doch um Lohnbrücker; lasse sich also Niemand einfangen!

An die Bauarbeitsleute in Brandenburg, Pommern, Preußen, Posen und Schlesien wendet sich die unterzeichnete Kommission. Es ist deshalb angebracht, daß unsere Kameraden in jenen Gegenden die ihnen zugänglichen Bauarbeitsleute vom Nachstenden informieren:

Wie bekannt sein wird, hat im vorigen Jahre in Lüneburg der zweite Verbandstag der Bauarbeiter und verwandten Berufsgeossen Deutschlands stattgefunden. Auf diesem Verbandstage wurde von verschiedenen Nebnern Klage geführt, daß zu wenig für Agitation geschehen sei. Der Vorstand konnte sich demgegenüber darauf berufen, daß ihm nicht genügende Mittel zur Verfügung standen, um dem Wunsche nachzukommen. Es wurde deshalb beschlossen, in den größeren Städten Agitationskommissionen zu gründen, um von dort aus die Provinzen besser zu bearbeiten. Zum April sind diese Kommissionen in's Leben gerufen. Wir erwarten nunmehr, daß in den genannten Provinzen öffentliche Versammlungen einberufen werden, um der Agitationskommission Gelegenheit zu geben, thätig einzutreten, damit dem Verbands taufende von Mitgliedern zugeführt werden. Denn nur eine stramme Organisation ist in der Lage, dem Kapital etwas abzurufen. Vereinzelt sind wir nichts. — Es wird um Abdruck in allen arbeiterfreundlichen Blättern gebeten. Im Auftrage der Kommission: W. Noack, Berlin, Luisenstraße 35, Hof, Keller. — Alle Anfragen sind an diese Adresse zu richten.

Unsere Frauen als wichtigen Bundesgeossen in einem wirtschaftlichen Kampfe feierte der Wiener „Vorwärts“ vor einiger Zeit in angemessener Weise.

Für die Gattin, schrieb derselbe, ist der Streik eine Prüfung im vielfachen Sinne des Wortes. Je nach ihrer Einsicht in die Lage der Arbeiterverhältnisse, je nach ihrem Verständnisse für das Streben ihres Mannes, je nach ihrem Bütanen auf seinen Charakter, je nach ihrer Empfindlichkeit für seine Mannesehre und je nach der Art ihres Herzens wird sie ihm im Streik entweder sympathisch zur Seite stehen oder — das Leben sehr schwer machen. Letzteres braucht nicht gerade im Ausbruche lauten Haders zu bestehen. Es giebt „Nieder ohne Worte.“

Wohl dem, der sagen kann, daß seine Frau das Wesen und den Zweck der Arbeiterbewegung versteht und deren Folgen geduldig zu ertragen weiß.

Käme es nur auf die Männer an, es würden wenige Ausstände erfolglos enden.

Aber die Frau! Sie ist der Hauptfaktor im Streik. Und es hängt nicht immer von ihrem guten Willen ab. Es giebt viele Frauen, von denen ihre Männer rühmen: „Unter ihren Händen wächst Alles“, aus einem Gulden wissen sie zwei zu machen. Das ist eine Gabe, die nicht Jeder eigen ist, unter allen Umständen es so einzurichten, daß es „zusammengeht“.

Die Frau ist die Hauptdulderin im Streik wie in der Arbeitssperre und im Falle der Arbeitslosigkeit des Mannes überhaupt; auf sie fällt schließlich die ganze Bürde; denn ihr liegt die Pflege des Heims und insbesondere der Kinder ob.

Es bedarf daher seitens der Frau eines starken, unerschütterlichen Glaubens an den Mann und an das Vernünftige, Heilsame, Nothwendige und Unabänderliche seiner Handlungsweise, um in der Ehe guten Muth und gute Laune während eines Streiks von längerer Dauer zu behalten.

Und da zeigt es sich zugleich, von welchem Vortheil es ist, wenn der Mann von Anfang an die Frau seinen Ideen und Bestrebungen zugänglich macht.

Nach Ausbruch eines Streiks die Frau über die Nothwendigkeit desselben belehren zu wollen, ohne daß sie je zuvor über das Wesen der Arbeiterbewegung irgendwelche Aufklärung erhalten hat, das dürfte in den seltensten Fällen gelingen.

Die Arbeiterfrau muß in den besseren Tagen darauf vorbereitet werden, daß schlechtere Zeiten eintreten könnten; es muß ihr gesagt werden, wie und „von wannen es kommt“, daß der Arbeiter miunter genöthigt ist, die Werkstatt zu verlassen, scheinbar zu seinem augenblicklichen Nachtheil, in Wirklichkeit aber zu seinem und zu aller Anderen dauerndem Vortheile.

Die Arbeiterbewegung der Zukunft ist auf die Sympathie der Ehefrau angewiesen; ohne ihr Einverständnis mit dem Streik, ohne ihre Einwilligung, das Kreuz mit tragen zu helfen, kann fürderhin kein Massenstreik gewonnen werden.

Mit anderen Worten: Keine rege Arbeiterbewegung ist ohne Verständnis der Frauen für dieselbe möglich.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

**Vereinsgesetz und Polizei.** Die „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ ist in der Lage, über eine Konferenz von Polizeieinspektoren zu berichten, von der sonst nichts in die Öffentlichkeit gelangt ist. Der Gegenstand derselben ist von einem allgemeinem Interesse. Die „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg.“ schreibt: Vor kurzem hat in Elberfeld eine Konferenz von Polizeieinspektoren des Regierungsbezirks Düsseldorf stattgefunden. Dieselbe hat sich u. A. dahin verständigt, im Regierungsbezirk Düsseldorf bei Versammlungen die nämlichen Grundsätze anzuwenden, die in einer Verfügung des Oberpräsidenten von Westfalen ausgesprochen werden und die insbesondere den Schluß

öffentlicher Versammlungen bei Eintritt der Polizeistunde anordnen. Die Verfügung des Oberpräsidenten v. Studt gründet sich auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts von 9. Juli 1892 (Entscheidungen, Band XXII, S. 399). Uns war diese Entscheidung schon bald nach dem Datum, an welchem sie getroffen wurde, bekannt geworden; wir hatten jedoch sie zu jenen keinen Anlaß, so lange die westfälischen Behörden sich nicht ausdrücklich auf sie stützten. Die Entscheidung hat das sehr Bedenkliche, daß sie sich auf die Motive des Vereinsgesetzes gründet, aber nicht auf die des geltenden, sondern des nicht zur Verabschiedung gebrachten Entwurfes von 1849. (1) Es wäre daher zu wünschen, daß das Oberverwaltungsgericht nochmals zur Nachprüfung seiner Entscheidung veranlaßt würde. Es ist übrigens nicht anzunehmen, daß das preussische Ministerium des Innern gleicher Ansicht mit dem Oberverwaltungsgericht sei, da es sonst wohl die unteren Behörden allgemein in diesem Sinne instruirte hätte. Nach den vorstehend mitgetheilten Thatfachen bleiben noch manche Dinge auffällig. So, daß die Polizeieinspektoren des Regierungsbezirks Düsseldorf eine so grundsätzlich wichtige Frage in kollegialer Besprechung, ohne Kenntniß der höheren Behörde, erledigen. Es drängt sich uns hierbei der Gedanke auf, daß die überwachenden Beamten an einem früheren Versammlungsschluß einigermaßen persönlich interessiert sind. Sodann, daß die Verfügung des westfälischen Oberpräsidenten in Dortmund insofern nicht korrekt angewandt wird, als sie sich ausdrücklich auf öffentliche Versammlungen beschränkt, in Dortmund aber auch für Vereinsversammlungen der Schluß mit der Polizeistunde erzwingen wird. Ein Protest hiergegen an den Oberpräsidenten wird sicher von Erfolg sein, da der Oberpräsident sonst mit sich selbst in Widerspruch treten würde.

## Literarisches.

„Die Sozialdemokratie und das allgemeine Stimmrecht, mit besonderer Berücksichtigung des Frauenstimmrechts und Proportional-Wahl-systems“, so betitelt sich die neueste, soeben erschienene Schrift von August Bebel. Das Erscheinen der Schrift entspricht einem Beschlusse des Kölner Parteitages. Erscheint sie auch spät, so wird sie doch ihre Aufgabe, die Massen über die Bedeutung des Wahlrechts in den Landtagen und allen anderen mit dem Wahlrecht zusammenhängenden Fragen aufzuklären, ganz erfüllen. Die Arbeit bedeutet eine werthvolle Bereicherung unserer Parteiliteratur, sie erschöpft das Material und wird in hohem Maße agitatorisch wirken.

**Der Hochverrathsprozess wider Liebknecht, Bebel, Seyner** vor dem Schwurgerichte zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt. Seite 913—944 8°. Preis 20  $\frac{1}{2}$

Mit dem eben erschienenen 20. Hefte ist das große Lieferungsmerk vollendet. In trefflicher Ausstattung liegt nun dieses wichtigste Quellenwerk für die Geschichte der Sozialdemokratie vor und wird so manchem alten und jungen Parteigenossen zur Quelle reicher Belehrung werden. Aber nicht nur den Anhängern der Sozialdemokratie empfehlen wir auch die Wärme die Lesüre dieses Werkes, sondern auch den ersten Gegnern der Partei des Klassenbewußten Proletariats. Spricht doch nichts mehr gegen die Art des Kampfes gegen unsere Partei als der Umstand, daß unsere Gegner aus Schriften von der Art der Hans Blum'schen Lügen der Sozialdemokratie ihre Kenntniß über die Entwicklung und Bedeutung unserer Partei schöpfen. Was hätte man von den Bekämpfern des Christenthums gesagt, die das neue Testament nicht kennen, was würde man von den katholischen Streitschriften-Verfassern gegen den Proteftantismus halten, wenn sie nicht die Schriften der Luther, Melancthon, Zwingli und Calvin durchstudirt hätten. Entrüßelt wäre man über sie; aber die in diesem Falle Entrüßelten schimpfen und höhnen über die Sozialdemokratie und wissen doch nur aus dem Munde gleich geschulter und gleich unehrlicher Gegner, was die Lassalle und Marx, die Bebel und Liebknecht geschrieben, was das arbeitende Volk in unzähligen Aeußerungen gefordert hat. Unsere Gegner wissen es wohl selbst nicht, wie sehr ihnen ihre Unwissenheit über unsere Bewegung in den Augen jedes anständigen Menschen schaden muß. Lassen sie ein Quellenwerk, wie es der Hochverrathsprozess ist, unbesehen bei Seite liegen, so stellen sie sich selbst ein Armutshzeugniß aus. So mancher unserer älteren Genossen wird erstaunt sein, wenn er die nun vorliegende Ausgabe des Hochverrathsprozesses mit der vor fast zwei Dezennien erschienenen ersten Auflage vergleicht. Schon die Ausstattung, das schöne Papier, der deutliche Druck und die breiten Ränder werden ihm einen ästhetisch weit erfreulicheren Eindruck erzeugen. Prüft er näher, so wird er finden, daß der Text nunmehr von den zahlreichen Druckfehlern der ersten Ausgabe gereinigt ist und daß der Umfang ganz bedeutend erweitert wurde. War das frühere Werk schon überaus werthvoll zum Studium der Parteigeschichte, weil in den Prozessverhandlungen die Entwicklung der Partei in ihren wesentlichen Abschnitten bis zum Jahre 1871 geschildert wurde, weil man aus ihnen über Personen, Organisation, Taktik, Beziehungen zu der Internationale und zu anderen Parteien werthvolle Aufschlüsse erhalten konnte, so wird der Werth der neuen Ausgabe ganz erheblich dadurch gesteigert, daß die im Prozesse erwähnten Schriftstücke, Reden, Protokolle und Programme nun in einem ganz neu hinzugekommenen Anhang abgedruckt sind, wodurch

eine Reihe verschollener und selbst für schweres Geld nicht mehr erhältlicher Materialien wieder zugänglich gemacht sind. Es handelt sich hierbei um 31 selbständige Stücke, wie erwähnt von denselben den Auftrag Soziale Revolution von M. Hess, die Protokolle des 5. und 6. Vereinstages deutscher Arbeitervereine, den Auftrag von Karl Hirsch, der Staat und das Genossenschaftswesen, eine Mahnung an die Partei von Nebel, Nebel's Bericht über den Augsburger Kongress, das Manifest des Zentral-Comités der internationalen Friedens- und Freiheitsliga, den Aufruf des Braunschweiger Ausschusses (der Partei) vom 24. Juli 1870, die Beschlüsse der Delegierten-Konferenz der Internationalen Arbeiter-Assoziation, den Bericht über Liebknecht's Versammlung in Wien, das Manifest an die landwirthschaftliche Bevölkerung, den Aufruf der heillosen Handarbeiter an ihre Leidensgenossen, die heillosen Kopfarbeiter, Castelar's Rede über die Republik, Aufrufe und Programme der internationalen und sämtlichen Programme der deutschen Sozialdemokratie. Schon aus dieser unvollständigen Aufzählung der dem Werke hinzugefügten Anlagen ist ein Rückschluss auf den großen historischen und dabei auch hervorragend agitatorischen Werth des Werkes gestattet. Ein besonderer Vorzug dieser neuen Ausgabe besteht auch darin, daß ein sehr sorgsam gearbeitetes, ausführliches, alphabetisch geordnetes Register die Benutzung des Werkes zu Nachschlüssen erleichtert. Wir können somit unseren Lesern, ja noch mehr allen denen, welche aus irgend welchem Grunde Interesse für die soziale Frage und die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter haben, das Werk auf's Wärmste zum Studium empfehlen. Zur Zeit der Vorbereitung eines rücksichtslosen Kampfes gegen die Sozialdemokratie kommt die Geschichte des Hochverratsprozesses zur rechten Zeit. Man ersieht aus ihr, was früher die Verfolgungen unserer Partei gesucht haben und wie aussichtslos die Politik der Hohenlohe, Köller, Nieberding und Schönstedt ist.

**„Die Wohlfahrt“**, Zeitschrift für vollständige Heilweise und soziale Gesundheitspflege. Verlag der „Wohlfahrt“, Reichenberg (Böhmen). Jahrgang I der „Wohlfahrt“ ist nun auch komplet zum Preise von fl. 1,50 zu haben. Auf besonderen Wunsch werden auch geschmackvoll gebundene Exemplare zu etwas erhöhtem Preise geliefert. Die Zusendung geschieht gegen Baar oder Postnachnahme. Von jeder Familie, von jedem Verein und besonders von jeder Krankenkasse sollte „Die Wohlfahrt“ wegen ihres belehrenden Inhalts über Gesundheitspflege und Krankheitsverhütung mitgehalten werden. Der dadurch entstehende Nutzen wird reichlich durch den geringen Abonnementspreis pro Halbjahr mit 75 kr. aufgewogen. Probeheft gratis.

**Der Naturarzt.** Vollständige Monatschrift des „Deutschen Bundes der Vereine für Gesundheitspflege und für arzneilose Heilweise.“ Berlin. Auflage 54 000. Preis ganzjährig M. 2 bei allen Postämtern und Buchhandlungen. Aus dem Inhalt des Februarheftes heben wir hervor: I. Aus Wissenschaft und Leben. Zur Behandlung der Tuberculose. Philo vom Walde. — Die Zusammensetzung von 177 vorbereiteten Geheimmitteln. — Aus der Anatomie und Physiologie: Zur Diätetik des Essens und Trinkens. — Zum Kampf um die Krankenkassen. — Was im Jahre 1894 in Berlin noch möglich war. — Heilung schwerer Nervenleiden durch das Naturheilverfahren. — Heilung einer Vereiterung. A. Orthey. — II. Sprechsaal. Priebritz. A. Damascite. — III. Bundesnachrichten. — IV. Aus der Zeit. Initiativanträge auf Befreiung des Impfwanges. — Ein verlässiger Landrath. — Naturheilanstalt in Newyork. — Die Gegner der Bivisektion. — Besteht ein Operationszwang? — Ein Opfer des Korsetts. — Freigesprochen. — Schnaps-Neckel. — Geisteskrankheit infolge von Trunksucht. — Zur Schulhygiene. — Zur Wohnungs-hygiene. — Zur Sozialhygiene. — Dr. med. Hacker in Frankfurt a. M. f. — V. Wägerschau. — VI. Feuilleton. Die Massage im Alterthum. Dr. med. Schwalb. — VII. Briefkasten.

**Quittung**  
der Hauptkassse des Verbandes deutscher Zimmerleute über eingegangene Gelder in der Zeit vom 4. bis 31. Januar 1895.

Es sandten: Altona M. 120,55, Augsburg 3,96, Ahrensburg 30,66, Ahrensbödd 10,—, Altenburg 30,89, Bülhgw 28,73, Brinlum 20,15, Bremen 288,72, Berlin 289,31, Bergedorf 120,25, Bromberg 21,98, Braunschweig 36,30, Breslau 40,73, Charlottenburg 59,75, Chemnitz 8,45, Celle 74,27, Cöpenick 13,30, Cöslin 38,71, Cuxhaven 34,09, Dirschau 21,65, Doberan 27,14, Dresden 1. Bez. 51,50, 2. Bez. 159,60, 3. Bez. 92,40, Delmenhorst 45,45, Düsseldorf 165,47, Danzig 104,05, Eckernförde 9,60, Eisenburg 20,62, Elbing 18,50, Erfurt 20,20, Flottbek 54,86, Freiburg 38,80, Friedland 30,80, Fürth 20,95, Gensburg 57,10, Gera 11,92, Glogau 10,92, Görlitz 95,59, Guben 32,72, Greifenhagen 6,30, Gostlar 20,40, Grevesmühlen 33,95, Gotha 14,48, Hamburg 2. Bez. 104,94, 4. Bez. 46,58, 6. Bez. 43,54, 7. Bez. 131,71, 8. Bez. 50,63, 9. Bez. 34,93, 10. Bez. 26,99, 11. Bez. 57,—, Habersleben 12,18, Harburg 85,09, Hainau 31,80, Hannover 88,47, Halberstadt 32,96, Jzehoe 87,22, Kaiserlautern 3,36, Kiel 278,14, Königsberg 78,01, Kellinghusen 16,31, Lauenburg 11,28, Leipzig 118,72, Ludwigslust 23,15, Gr. Lichtersfeld 13,86, Lübeck 39,15, Loffstedt 37,—, Lübz 48,68, Röneburg 45,65,

Lehe-Geeftemünde 200, Malchin 42,81, Malchow 26,95, Mannheim 180,—, Münster 10,50, München 82,02, Memel 20,37, Marienburg 3,50, Münster 19,10, Neugersdorf 9,80, Neubudow 33,48, Neubrandenburg 18,50, Neumünster 50,31, Oslau 46,04, Osterburg 28,06, Obergelben 22,68, Pinneberg 36,49, Pirmasens 17,26, Penzlin 12,51, Parchim 13,50, Preetz 34,73, Plauen 6,—, Pritz 17,10, Potsdam 24,54, Basewalk 10,90, Quedlinburg 35,53, Ramitzsch 17,92, Reichenbach 23,07, Raffstedt 12,05, Rathenow 20,49, Rostock 131,21, Rixdorf 22,78, Saarbrücken 15,71, Schwarzenbel 40,53, Spremberg 20,09, Steinbek 66,34, Schleswig 23,31, Schwerin 66,48, Stargard i. P. 20,48, Salungen 3,02, Solingen 14,78, Stettin 26,18, Stuttgart 49,44, Sangerhausen 27,27, Stendal 29,40, Stralsund 40,—, Tangermünde 31,71, Tremessen 3,70, Thorn 37,14, Uelzen 21,67, Uetersen 10,—, Verden 7,92, Gr. Wodern 16,10, Waren 19,79, Wittenburg 23,91, Wilhelmsburg 27,37, Webel 23,80, Wilhelms-haven 97,85, Zwickau 37,80, Mannheim f. D. Str. 13,59, diverse Einzelsahler 35,05.

S. Müllerstein, Hauptkassirer.  
J. A.: A. Römer, Stellvert., Fesslerstr. 28, 1.

**Briefkasten der Redaktion.**

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalvorstände resp. Vertrauensleute bei.

**Altona, S. N.** Der Bericht von der Versammlung am 9. Januar ist hier am 10. Februar eingegangen. Zur Veröffentlichung dürfte derselbe auch den Altonaer Kameraden etwas zu alt erscheinen. Die darin mitgetheilten Anträge zur Generalversammlung verbleiben bei dem Hauptvorstand, falls dieselben bei ihm eingereicht sind, höchstwahrscheinlich in nächster Nummer.

**Hainau, W. A.** Das Eingekamte bringen wir in nächster Nummer.

**Versammlungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Ahrensburg.** Mittwoch, den 27. Februar.
- Baden-Waden.** Sonntag, 24. Februar, im „Württembergischer Hof“, Zentralherberge.
- Barmen.** Sonntag, den 24. Februar, bei Wälsing, Oberböhrner- und Rodigerstraßen-Ecke.
- Beelitz.** Sonntags nach dem 15. eines jeden Monats, im Vereinslokal. Nächste Versammlung am 17. Februar.
- Bergedorf.** Sonntag, den 24. Februar, Nachmittags 4 Uhr, in „St. Petersburg“.
- Bielefeld.** Sonntag, den 24. Februar, Vormittags 9 Uhr, bei Bögeding, Turnerstraße.
- Bochum.** Sonntag, den 24. Februar, in der „Germania-halle“.
- Braunschweig.** Donnerstag, den 21. Februar, bei Everling, Dehlschlagern 40.
- Düsseldorf.** Am ersten und dritten Sonntag eines jeden Monats, Vormittags 11 Uhr, bei J. Drießen, Grafenbergerstraße 27. Nächste Versammlung am 17. Februar.
- Calbe a. S.** Sonnabend, den 16. Februar, beim Gastwirth Kühnert.
- Charlottenburg.** Dienstag, den 19. Februar, bei Krause, Bismarckstraße 74.
- Danzig.** Dienstag, den 26. Februar, im Verbandslokal, Breitegasse 42.
- Delmenhorst.** Sonnabend, den 23. Februar, bei Gastwirth Dume.
- Dortmund.** Dienstag, den 19. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wirth Hönnh, „Zur Krimm“.
- Flottbek.** Sonntag, den 24. Februar, bei Schlegel in Niensstedten.
- Gaarden.** Donnerstag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr, bei Petersen, Ecke der Schul- und Kielerstraße.
- Halberstadt.** Dienstag, den 19. Februar, in Bollmann's Lokal, Valenstraße 63.
- Hamburg.** Dienstag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr, im „Engl. Livoli“, St. Georg, Kirchenallee.
- Kellinghusen.** Sonnabend, den 23. Februar.
- Lübeck.** Dienstag, den 19. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Sparmann, Hundestraße 101.
- Münden i. S.** Dienstag, den 19. Februar, bei Wittwe Sin e. Langestraße.
- Spandau.** Dienstag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr, bei Vork, Statenerstraße 14.
- Waren.** Sonntag, den 24. Februar, Nachmittags 4 Uhr, auf der Herberge.
- Wilhelms-haven.** Freitag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, bei Mans in Heppens.

**Anzeigen.**

**Lokalverband Tremessen.**  
Sonntag, den 24. Februar, findet im Saale des Herrn Brandenburger unter

**Erstes Fest**

statt. Für Mitglieder kostet der Eintritt M. 2, für Nichtmitglieder M. 1,50. Um recht zahlreiche Betheiligung ersucht  
[M. 3,—] **Der Vorstand.**

**Lokalverband Berlin.**

**Bezirksversammlung für Süden und Westen**

am Sonntag, den 24. Februar, Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bubeil, Lindenstr. 106.

Tagessordnung:  
1. Vortrag des Gen. Silberschmidt. 2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
[M. 1,40] **Der Vorstand.**

**Aktion, Zimmerer Bielefelds.**  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**

am Montag, den 18. Februar, Abends 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bögeding, Turnerstr.

Tagessordnung:  
Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung. Verschiedenes.  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist der wichtigen Tagesordnung halber dringend nothwendig.  
[M. 1,50] **A. Becker**, erster Vorsitzender.

**Betriebslokale, Herbergen nsw.**

(Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration. Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- B. Zipple, Markusstraße 14, Eingang Grünbergweg. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Julius Raumann, W., Kuhlstr. 36, Restauration. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Betriebslokal bei Joh. Bez, Löffertwiete 8.
- Breslau.** Betriebslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Oberstr. 3, „Grüner Hirsch“. Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Danzig.** Vereins- und Betriebslokal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Betriebslokal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzgaße 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Zeh's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle I.
- Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle II.
- Hamburg.** Zentralherberge: Bid (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-St. Georg.** Aug. Bräseke, Steinthorweg 2, Keller.
- Hamburg-Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Betriebslokal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Barmbeck.** Betriebslokal für Zimmerer, Rud. Ellerbrod, Hamburgerstraße 184, gegenüber der Elbstraße.
- Hamburg-Barmbeck.** D. Niemeier, Wohlthorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hannover.** Versammlungslokal und Zentralherberge bei Bolte, Neuestr. 27.
- Harburg.** Versammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Wassenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: S. Wraage, „Volkshalle“.
- Leipzig.** Betriebslokal und Arbeitsnachweis bei Neubauer, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Al. Fleischerstraße, Max Sauppe's Restaurant. Kassirer der Zentral-Krankenkasse: Joseph Frizsche, Leipzig-Neubitz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Lübeck.** Betriebslokal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: J. Strunk, Rosenstr. 14/6.
- München.** Das Betriebs- und Versammlungslokal des Lokalverbandes befindet sich im „Passauer Hof“, Dultstraße 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt.
- Rostock.** Betriebslokal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei B. Marien, Beguinberg 10.
- Stettin.** Betriebslokal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Garrath, Bogislawstr. 22.
- Stuttgart.** Betriebslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
- Wilhelms-haven.** Betriebslokal u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelms-havenstr. 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.